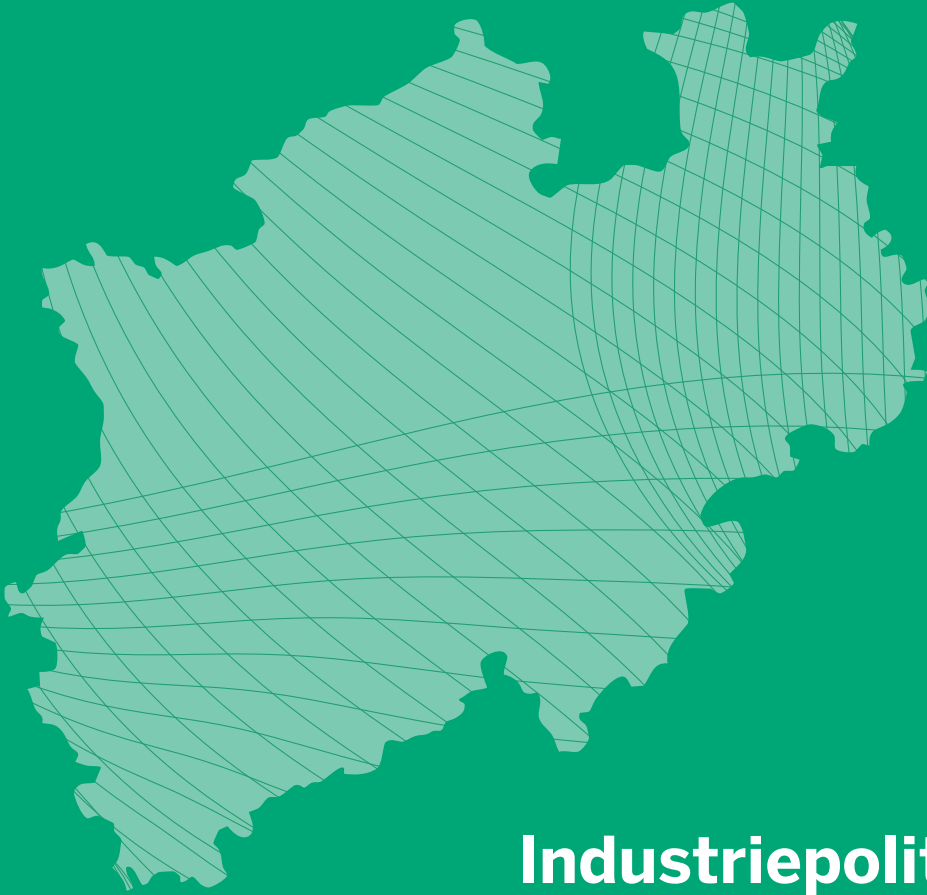


WIRTSCHAFT.NRW

INDUSTRIE

KLIMASCHUTZ

ENERGIE



**Industriepolitiches Leitbild
für Nordrhein-Westfalen:**

Weiterentwicklung im Rahmen
des Zukunftsdialog Industrie

Inhalt

1. Präambel	4
2. Einführung	6
3. Weiterentwicklung des Industriepolitischen Leitbilds	11
a) Schlüsselthema Investitionen	11
b) Schlüsselthema Innovationen	12
c) Schlüsselthema Zirkuläre Wertschöpfung	16
d) Schlüsselthema Klima und Energie	21
e) Schlüsselthema Digitale Infrastruktur	26
f) Schlüsselthema Flächenentwicklung	29
4. Querschnittsthemen	32
a) Fachkräftesicherung	32
b) Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und Bürokratieabbau	37
5. Ausblick	40
Impressum	43

1. Präambel

Nordrhein-Westfalen ist ein traditionsreicher, starker Industriestandort und ein Pfeiler für unseren Wohlstand, unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, das Potential der Industrie auch in der aktuellen Krise und der digitalen und nachhaltigen Transformation auszuschöpfen und weiterzuentwickeln. Die Landesregierung hat dies mehrfach bekräftigt, etwa im Industriepolitischen Leitbild von 2019. Mit der vorliegenden Weiterentwicklung des Industriepolitischen Leitbilds knüpft die aktuelle Landesregierung an dieses Verständnis an. Die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs – neben dem MWIKE beinhaltet dies Bitkom, DGB NRW, HANDWERK.NRW, IG Metall, IG BCE, IHK NRW, Initiative Industrie, unternehmer nrw, VCI NRW, VDMA NRW, WHKT, WV Stahl, Zukunft durch Industrie e.V., ZVEI – haben diese Weiterentwicklung gemeinsam beraten und Erklärungen zu sechs Schlüsselthemen beschlossen.

Mit dieser Weiterentwicklung des Leitbildes legt die Landesregierung ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen vor und zeigt auf, in welchen industriepolitischen Bereichen und entlang welcher Zielbilder sie sich maßgeblich engagieren wird. Das weiterentwickelte Industriepolitische Leitbild der Landesregierung bildet das Fundament der nordrhein-westfälischen Industriepolitik und wird durch einzelne Fachstrategien der Landesregierung, bspw. die Energie- und Wärmestrategie, ergänzt und erweitert.

Die Diskussion dieser Weiterentwicklung findet vor dem Hintergrund erheblicher gesellschaftlicher und globaler Umwälzungen statt. Die Welt von 2024 ist nicht mehr die von 2019. Die weltweite Pandemie hat erhebliche Spuren hinterlassen, ökonomisch wie sozial, europäisch wie global. Die Dynamisierung in der technologischen Entwicklung (bspw. Künstliche Intelligenz) trifft auf Verschiebungen globaler Märkte und fragil gewordener Wertschöpfungsnetzwerke und Handelsketten. Gleichzeitig wird der Klimawandel auch im Alltag der Menschen immer deutlicher spürbar. Starkregenereignisse, Hitze, Dürreperioden belasten die Menschen und stellen auch die in die Jahre gekommene Infrastruktur vor große Herausforderungen. Hinzu kommen gravierende geopolitische Veränderungen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, die auch zu einem Anstieg der Energiepreise hier im Land führten. Weitere kriegerische Auseinandersetzungen etwa im Nahen Osten oder anderen Weltregionen tragen zu einer instabilen Weltlage bei.

Diese Veränderungen haben in den letzten Jahren zu einem Produktionsrückgang auch der nordrhein-westfälischen Industrie und zu gravierenden Herausforderungen für die Beschäftigten geführt. Die sich verschärfende wirtschaftliche Situation mit ihren bereits spürbaren Auswirkungen auf Produktion, Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Beschäftigte und damit auf den wirtschaftlichen Wohlstand unseres Landes kann nur gemeinsam als Gesellschaft im Dialog bewältigt werden. Vor diesem Hintergrund vertreten die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs in ihrer Arbeit unterschiedliche Interessen und Schwerpunkte. Diese sind im Dialogprozess immer wieder angesprochen worden. Unterschiedliche Sichtweisen und Handlungsansätze werden auch künftig bleiben; sie sind auch notwendig, um zu neuen Ideen und Lösungen in einer dynamischen Welt zu kommen.

Gleichwohl haben wir uns zu den von der Landesregierung identifizierten wichtigen industriepolitischen Schlüsselthemen geeinigt – die Partnerinnen und Partner

des Zukunftsdialogs haben die Landesregierung dabei unterstützt, entsprechende Ziele und Maßnahmen aus den unterschiedlichen Sichtweisen abzuleiten. Denn angesichts der beschriebenen Herausforderungen müssen sich Industrie und Politik in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und Europa bewähren. Die eigenen Herausforderungen sind mannigfaltig und werden in den folgenden Seiten mit der Fragestellung beschrieben, wo und wie sich gemeinsame Schritte für eine moderne Industrie in NRW finden lassen.

Trotz all dieser Herausforderungen wollen wir, die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs, die Rahmenbedingungen am Industriestandort NRW positiv gestalten. Unsere auch kontroversen Diskussionen haben gezeigt, dass wir uns mit unseren vielfältigen Perspektiven auf den Industriestandort NRW gemeinsam auf die Herausforderungen in den Schlüsselthemen einigen können. Dabei ist allen Akteuren bewusst, dass neben den benannten Schlüsselthemen weitere wichtige Handlungsfelder angegangen werden müssen, um den Industriestandort zu sichern und zu stärken, etwa im Bereich der Verkehrsinfrastruktur oder bezogen auf den internationalen Handel. Die Industrie hat sich nicht zuletzt in der Corona-Zeit als Anker bewiesen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung konnte auf hohem Niveau gehalten werden und in der aktuellen Krise haben sich viele Unternehmen bereits auf den Weg gemacht. Nordrhein-Westfalen ist ein Land, das viel Kraft und auch Mut hat, die Dinge anzupacken.

Damit das so bleibt, unterstützen wir, die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs, den Erhalt und Ausbau industrieller Produktion und Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen auch in schwierigen Zeiten genauso wie die Entwicklung neuer Stärken – mit dem klaren Zielbild der ersten klimaneutralen Industrieregion in Europa. Deshalb setzen wir uns als Akteure in den verschiedenen Bereichen dafür ein:

- die Versorgung mit wettbewerbsfähiger Energie sicherzustellen;
- die Investitionen für den Ausbau der nachhaltigen Infrastruktur, Forschung und Entwicklung und nachhaltige Produktion zu erhöhen;
- leistungsstarke und neue Unternehmen rund um die industriellen Wertschöpfungsnetzwerke zu etablieren;
- die Beschäftigtenpotentiale für Industrie und industrienahen Dienstleistungen zu heben und weiter zu qualifizieren;
- Entscheidungs- und Genehmigungsstrukturen zu schaffen, die sowohl sachgerecht als auch dynamisch sind.

2. Einführung

Bedeutung der Industrie für NRW

Die Industrie steht für wirtschaftliche Stärke in Nordrhein-Westfalen. Rund 1,5 Millionen Menschen arbeiten in der NRW-Industrie.¹ Sie erwirtschaften 136 Milliarden Euro – rund 18 Prozent der Bruttowertschöpfung des Landes. Aufgrund der hohen Produktivität in der Industrie liegt der Bruttostundenverdienst deutlich über dem Durchschnitt.² Durch die enge Verflechtung mit unternehmensnahen Dienstleistern hebt die Industrie auch in angrenzenden Wirtschaftsbereichen wie der IT, bei Forschungsdienstleistern, der Logistik oder in Beratungen das Lohnniveau. Zudem stärkt sie die Kaufkraft und stützt so beispielsweise den Einzelhandel, die Gastronomie und die Kreativwirtschaft vor Ort.

Industrie schafft Beschäftigung und Wohlstand. Industrieunternehmen bringen einer Region nicht nur produktive Arbeitsplätze, sondern auch Steuereinnahmen zur Finanzierung der Sozialsysteme und der Infrastruktur vor Ort, vielfach zeichnet sich das Unternehmertum zudem durch hohes ehrenamtliches Engagement vor Ort aus. In Nordrhein-Westfalens trägt der Mix aus internationalen und börsennotierten Weltkonzernen, spezialisierten Mittelständlern, vielen Hidden Champions und familiengeführten Unternehmen zur industriellen Stärke bei. Viele Unternehmen zeichnen sich durch einen hohen Internationalisierungsgrad, Technologieorientierung, Flexibilität und leistungsfähige Forschung und Entwicklung aus.³

NRW-Industrie vor besonderen Herausforderungen und neuen Chancen

Die Industrie hat das Land zu dem gemacht, was es heute ist. Der strukturelle Wandel der vergangenen Jahrzehnte hat in vielen Bereichen technologische Fortschritte und neue Produkte hervorgebracht und bietet auch in der Gegenwart zahlreiche Chancen. Zwar wurden die letzten Jahre von erheblichen Herausforderungen geprägt, doch hat die nordrhein-westfälische Industrie immer wieder ihre Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt. Erfreulich haben sich beispielsweise einige Industriedienstleister, etwa Forschung und Entwicklung, Rechts- und Steuerberatungen sowie Wirtschaftsprüfungen, die IKT oder Anbieter im Umfeld Erneuerbarer Energien entwickelt.

Seit 2020 durchläuft die Branche eine Phase an ganz besonderen Herausforderungen: Die Corona-Pandemie führte zu beispiellosen Störungen in den Lieferketten, doch durch staatliche Hilfen und Kurzarbeit konnten schwerwiegendere Folgen abgemildert werden. Die erhoffte Erholung nach der Pandemie wurde durch bestehende strukturelle Probleme und neue globale Entwicklungen massiv gestört: Internationale Konflikte, Blockbildung, Abschottung und Zollstreit schaden dem internationalen Handel. Dies trifft besonders die Exportindustrie und bremst eine breite Erholung der Industrie aus. Russland fiel in die Ukraine ein und machte westliche Sanktionen erforderlich. Insbesondere das fehlende russische Gas ließ die Energiepreise deutlich ansteigen. Für die Produktion besonders der energieintensiven Betriebe war dies ein tiefer Einschnitt, doch gerade hier entstehen durch neue, nachhaltige Energiequellen und Effizienztechnologien vielversprechende Zukunftschancen. Hier gilt es, auch bestehende Unsicherheiten in den zu beschreitenden Transformationspfaden zu adressieren.

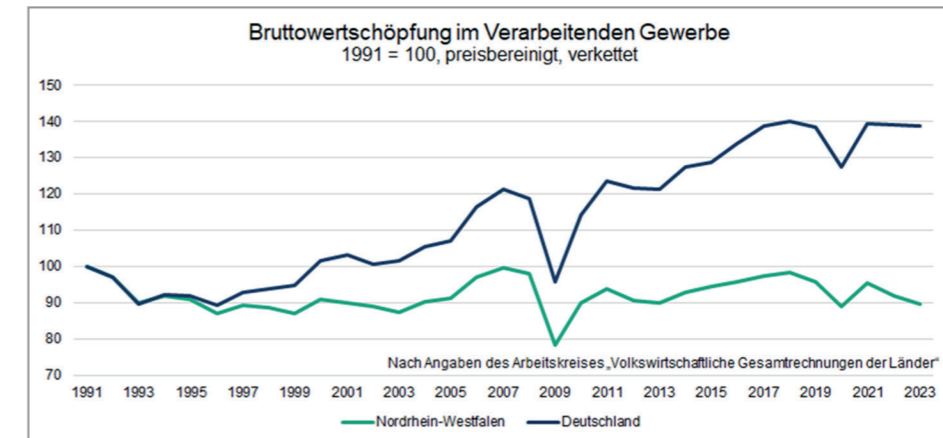
¹ Hier und im Folgenden wird die Industrie als Verarbeitendes Gewerbe interpretiert, soweit keine andere Abgrenzung getroffen wird.

² 22,60 Euro gegenüber 19,64 Euro gemäß Verdienststrukturerhebung (2018) für NRW.

³ Tatsächlich haben 265 der „Top 1000“ deutschen Familienunternehmen hier ihren Sitz. Fast zwei Drittel von Ihnen zählen zur Industrie – ein deutlich höherer Anteil als im Bundesdurchschnitt.

Industrie steht vor wichtigen Weichenstellungen

Die „Stapelkrisen“ der letzten Jahre haben die nordrhein-westfälische Industrie also vor anhaltende Herausforderungen gestellt. Die rückläufige Industrieproduktion in Nordrhein-Westfalen verstärkt dabei einen strukturellen Prozess, der über die vergangenen Jahrzehnte mit unterschiedlichem Tempo stattfand. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ist in Nordrhein-Westfalen von 1992 bis 2023 um 10 Prozent gesunken – im Bund ist der Wert im gleichen Zeitraum um 39 Prozent gestiegen.



Die Chancen und Herausforderungen der Industrie in Nordrhein-Westfalen liegen nicht zuletzt in ihrer Struktur begründet: Besonders die energieintensive Industrie hatte und hat ihren Schwerpunkt im Land (chemische Industrie, Metallerzeugung etc.). Während 2022 der Beschäftigungsanteil der energieintensiven Industrie am Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland knapp 14 Prozent betrug, weist Nordrhein-Westfalen einen Anteil von 20 Prozent aus, einen höheren Anteil haben nur Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Gerade für Betriebe der energieintensiven Industrie ist eine günstige und sichere Energieversorgung essenziell. Die im internationalen Vergleich relativ hohen und in den letzten Jahren stark angestiegenen deutschen Energiepreise setzen die Industrie daher unter deutlichen Rationalisierungsdruck, bietet aber auch Chancen für neue Technologien und Effizienzgewinne.⁴

Nordrhein-Westfalen begegnet diesen Herausforderungen bereits heute beispielsweise mit einem konzentrierten Umbau der Energiesysteme und versteht den Wandel auch als Chance für wirtschaftlichen und technischen Fortschritt.

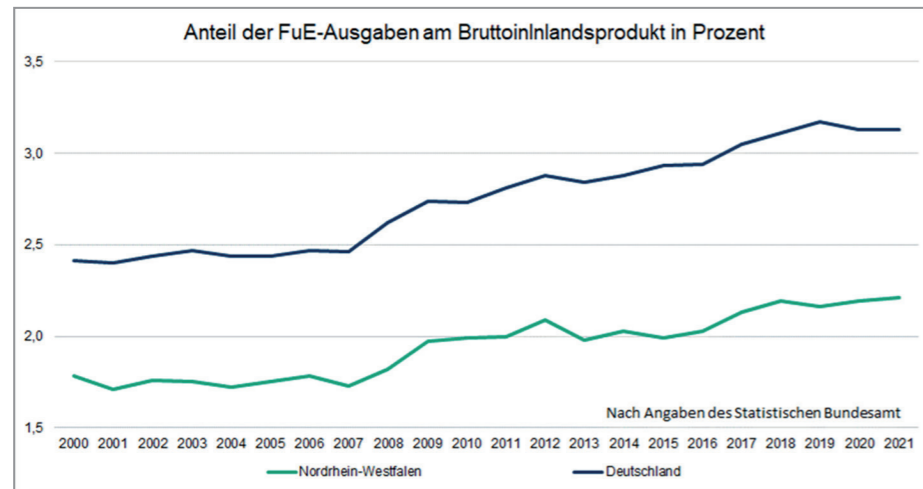
Der Fokus dabei liegt zum einen darauf, die Energieeffizienz industrieller Verfahren zu steigern, was vielfach auch mit Landesmitteln gefördert wird. Zum andern bietet die nachhaltige Transformation besonders für die energieintensive Industrie auch Chancen, indem der Ausbau Erneuerbarer Energien zu sinkenden Gestehungskosten führt. Nordrhein-Westfalen ist beim Ausbau der Erneuerbaren bereits heute in einer Führungsposition und liegt beim Ausbau der Windenergie im Ländervergleich auf Platz 1. Nicht zu vernachlässigen sind jedoch die derzeit hohen – insbesondere durch den Netzausbau bedingten – Systemkosten.

⁴ Vgl. z.B. vbw (2023): Internationaler Energiepreisvergleich für die Industrie. vbw-Studie_Internationaler-Energiepreisvergleich_Oktober-2023.pdf (vbw-bayern.de)

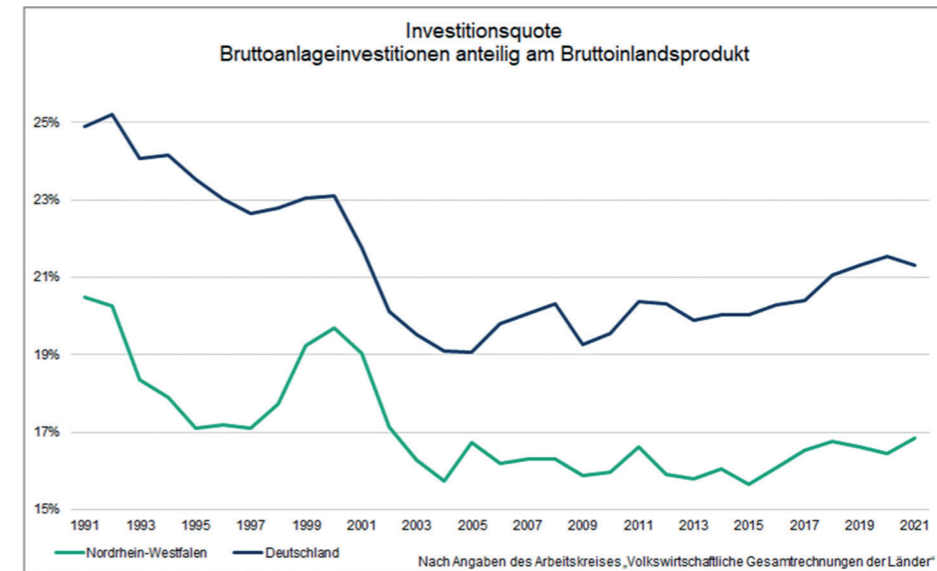
Nordrhein-Westfalen bleibt ein führendes Industrieland. Dazu haben auch die industrienahen Dienstleistungen beitragen, die sich robust entwickeln. Sie arbeiten in enger Verzahnung mit der industriellen Produktion und sind ebenfalls Teil des industriellen Wertschöpfungsnetzwerkes. In den vergangenen Jahren haben die industrienahen Dienstleistungen erheblich zum Beschäftigungsaufbau und Wirtschaftswachstum im Land beigetragen.

Strukturelle Herausforderungen und Chancen

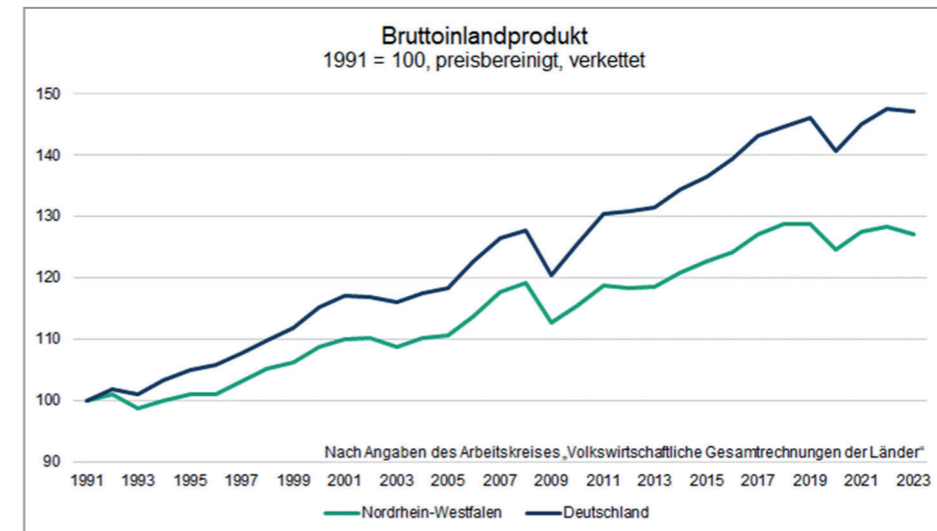
Aufholbedarf besteht für die nordrhein-westfälische Industrie auch bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Investitionen. Dies ist auch Symptom einer in der Breite reifen, im Verhältnis weniger forschungsintensiven, jedoch energieintensiven (Grundstoff-)Industrie im Land. Bedingt durch diese besondere Struktur der Industriebranchen erreicht das Land im langfristigen Vergleich der Investitionen und insbesondere der FuE-Ausgaben nicht die im nationalen Vergleich hohen Werte anderer Länder.⁵ So sind die Investitionen im Verlauf der 1990er Jahren spürbar gesunken und haben sich seitdem kaum erholt. Die öffentlichen Investitionen bilden dabei leider keine Ausnahme, wie sich am Beispiel verschiedener Brückenbauwerke belegen lässt. Der öffentliche Kapitalstock wird derzeit nur leidlich erhalten. Positiv hervorzuheben ist jedoch die leistungs- und forschungsstarke Hochschullandschaft. Es gilt, diesen Wettbewerbsvorteil zukünftig stärker für Nordrhein-Westfalen zu nutzen und die Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung noch stärker in Unternehmen zu bringen.



⁵ Deutschland fällt dabei seinerseits hinter anderen Industrieländern zurück.



Zu den NRW-spezifischen Besonderheiten kommen deutschlandweite Herausforderungen, wie hohe Abgabelasten und Arbeitskosten, eine engmaschige Regulierung, zähe Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie der sich verschärfende Fachkräftemangel.⁶ Im Ergebnis entwickelt sich das Wirtschaftswachstum Nordrhein-Westfalens schwächer als im Bundesdurchschnitt und auch die Industrie trägt daran einen Anteil.



Transformation der NRW-Industrie als Chance

Nordrhein-Westfalen ist Industrieland und soll es bleiben. Wesentliche Ansatzpunkte, um die Herausforderungen der Industrie als Chance zu begreifen, bietet dabei die Transformation. Auch die Industrieakzeptanz kann von der Transformation profitieren. So verändern sich die vorherrschenden Assoziationen hinsichtlich Industrie und es entscheiden sich etwa Auszubildende zunehmend für Berufe mit klima- und umweltfreundlicher Tätigkeit, welche sich zunehmend in der Industrie finden lassen.⁷

⁶ Dies alles führt dazu, dass in Nordrhein-Westfalen besonders Industrien vertreten sind, die einen relativ hohen Reifegrad aufweisen. Bringt eine Branche aber wenig Innovationen hervor, wird Wettbewerb hauptsächlich über den Preis ausgetragen – dies drückt auf die Margen; zumal Nordrhein-Westfalen beispielsweise in der Stahlerzeugung auch mit Niedriglohnländern konkurriert.

⁷ <https://iab.de/daten/betriebe-in-der-oekologischen-transformation/>

Die Transformation kann nur gemeinsam mit einer wirtschaftlich starken Industrie gelingen: Prämisse einer erfolgreichen Transformation ist dabei, dass industrielle Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen verbleiben. Hierzu bedarf es neben der Erhaltung bereits bestehender genauso der Entwicklung und Ansiedlung neuer Industrien. Eine klimaneutrale nordrhein-westfälische Industrie hätte hingegen keine Akzeptanz im Land, wenn mit den Industriearbeitsplätzen auch die Emissionen ins weniger regulierte Ausland abwanderten. Wenn die Transformation hierzulande auf Kosten von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung ginge, würde auch in anderen Ländern die Bereitschaft zur Transformation schwinden.

Die Transformation der Industrie ist dabei Herausforderung und Lösung zu gleich: Herausforderung, weil gewaltige Investitionsbeträge zur Erreichung von Klimaneutralität und Digitalisierung erforderlich sind. Private Investitionen sind beispielsweise bei der Umstellung von Fertigungsverfahren erforderlich, öffentliche Investitionen für den Erhalt und Ausbau staatlicher Infrastruktur (z.B. den Umbau der Energieinfrastruktur). Um die erheblichen Investitionen, die für die Bewältigung der globalen Transformation erforderlich sind, zu mobilisieren, bedarf es einer nachhaltigen Stärkung des Investitionsklimas und international wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen. Private Investitionen müssen angereizt werden. Für öffentliche Investitionen müssen mehr Mittel durchgesetzt und ihre Verausgabung muss zudem verstetigt werden.

Die Transformation bietet aber auch Lösungen für die schwächelnde nordrhein-westfälische Industrie: Dies gilt besonders deswegen, weil jeder Fortschritt bei der nachhaltigen Transformation mittelfristig auch zu sinkenden Energiepreisen und verbesserter Wettbewerbsfähigkeit führen wird. Zudem kann die Modernisierung der Industrie insbesondere den Sanierungsstau lösen, der sich jahrzehntelang in Nordrhein-Westfalen aufgebaut hat. Voraussetzung für das erfolgreiche Bewältigen der strukturellen Herausforderungen im Land sind grundlegende Reformen. Das industriepolitische Leitbild der Landesregierung soll dabei den Weg für eine wettbewerbsfähige, innovative und klimaneutrale Industrie in Nordrhein-Westfalen aufzeigen.

3. Weiterentwicklung des Industriepolitischen Leitbilds

a) Schlüsselthema Investitionen

Rahmenbedingungen für ein zukunftsfähiges Investitionsklima in NRW

Der Zukunftsdialog Industrie befasst sich in seinen Beratungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und des Investitionsklimas am Standort Nordrhein-Westfalen bewusst an erster Stelle mit den Voraussetzungen zur Erhöhung der Investitionsquote. Diese ist im nationalen und internationalen Vergleich gering. Wettbewerbsfähige Standortfaktoren tragen jedoch dazu bei, das Investitionsklima so zu gestalten, dass die klimaneutrale und digitale Transformation (Twin-Transition) gelingt und ein NRW-Erfolgsweg für die Zukunft wird.

Um höhere private Investitionen am Industriestandort Nordrhein-Westfalen durch ein gutes Investitionsklima in Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten, ist ein **vorhersehbares, kohärentes**, aber auch ein **vereinfachtes Regelungsumfeld** grundlegend. Dies zu stärken, bedingt neben dem Fokus auf Rechtsstaatlichkeit durch Planungssicherheit und effiziente sowie ermöglichende Verwaltung, Unterstützung und Ermöglichung von Innovationen, **Klima- und Umweltverträglichkeit** sowie gut ausgebildete **Fachkräfte**, auch eine leistungsfähige und **verlässliche Infrastruktur**, erschwingliches Kapital, **bezahlbare und sichere Verfügbarkeit von Energie und anderen Rohstoffen**, zukunftssträchtige **Forschung und Entwicklung** sowie zielgenaue **Investitionsanreize** insbesondere in Energie- und andere Technologien.

Es gilt daher, diese Rahmenbedingungen für Investitionen der Industrie in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich zu verbessern. Für ein nachhaltig tragendes Investitionsklima ist zudem die Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung und Wertschätzung der Industrie in unserem Bundesland unerlässlich, denn gesellschaftliche Akzeptanz ist Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften unserer Industrie. Zu den Grundpfeilern unseres Wirtschaftens in der sozialen Marktwirtschaft und damit für ein zukunftsfähiges Investitionsklima gehört auch **gelebte Sozialpartnerschaft**. Das heißt: das erfolgreiche Zusammenwirken der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber unter Berücksichtigung der Prinzipien von guter Arbeit mit allen Beschäftigten und den Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern. Wenn es gelingt, mit bestmöglichen Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen, Unternehmen und qualifizierten Arbeitskräften gute Perspektiven aufzuzeigen, wird die Attraktivität für Investitionen am Standort gesichert. Dies ist Bedingung für eine über alle Wertschöpfungsnetzwerke hinweg international wettbewerbsfähige NRW-Industrie, für die Transformation der Standorte, für Investitionen in innovative Produkte und Prozesse sowie für Wachstum und für produktive, gut bezahlte Arbeitsplätze.

Kohärente europäische Industriepolitik

Wesentliche Teile unserer industriellen Rahmenbedingungen werden auf europäischer Ebene festgesetzt. Der Zukunftsdialog Industrie setzt sich daher insbesondere gerade dort für die besten Wettbewerbsbedingungen ein. So kann es gelingen, zu den weltweit wettbewerbsfähigsten Regionen aufzuschließen und die Investitionstätigkeit am Industriestandort Nordrhein-Westfalen mit optimalen

Rahmenbedingungen zu erhöhen. Komplexe und starre europäische Vorgaben für industrielle Zulassungsverfahren dürfen notwendige und ökonomisch sowie ökologisch wünschenswerte Innovations- und Investitionsvorhaben nicht verhindern, verkomplizieren oder verlangsamen. Eine **kohärente europäische Industriepolitik** stellt vielmehr sicher, dass die wirtschaftliche Prosperität Nordrhein-Westfalens auch zukünftig generiert werden kann. Daher ist zu begrüßen, dass die neue Europäische Kommission eine aktive Industriepolitik zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie verfolgen wird.

Die Landesregierung verfolgt daher insbesondere die folgenden Ziele und Maßnahmen und wird durch die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs als Akteure in den verschiedenen Bereichen unterstützt:

- Die Erhöhung der Investitionsquote von privater und öffentlicher Seite.
- Die Gewährleistung einer verlässlichen Energie- und Rohstoffversorgung zur Stärkung der privaten Investitionstätigkeit.
- Die Stärkung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Industrie und die Fortführung einer gelebten Sozialpartnerschaft zur Stärkung eines nachhaltigen Investitionsklimas.
- Einsetzen auf europäischer Ebene für eine kohärente europäische Industriepolitik, insbesondere im Hinblick auf die Vorhaben der neuen Europäischen Kommission.

b) Schlüsselthema Innovationen

Innovationen sichern die Wettbewerbskraft der Industrie – Mit Innovationen den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig transformieren

Die digitale und nachhaltige Transformation auf dem Weg zur Klimaneutralität bietet große Chancen, stellt unsere Wirtschaft aber auch vor große Aufgaben. Die Entwicklung der erforderlichen technologischen Lösungen sowie deren Überführung in innovative Produkte und Herstellungsverfahren und tragfähige Geschäftsmodelle sind der entscheidende Schlüssel zur Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Die Landesregierung schafft mit guten Rahmenbedingungen die Voraussetzungen für ein Gelingen der Transformation des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen. Die Industrie trägt durch konkrete Investitionen und Innovationsaktivitäten zur Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts NRW bei. Bereits im bestehenden Industriepolitischen Leitbild und in der regionalen Innovationsstrategie greift die Landesregierung die Bedeutung von Innovationen auf und beschreibt Maßnahmen zur **Dynamisierung des Innovationsgeschehens**.

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine ausdifferenzierte **Forschungs- und Entwicklungslandschaft**, die in vielen Technologiebereichen der Industrie wichtige Impulse setzt und auch soziale Innovationen befördert. Sie trifft auf eine vielfältige industrielle Basis, die nahezu alle industriellen Wertschöpfungsnetzwerke abbildet und die wichtige Marktsicht wiederum in die Wissenschaftslandschaft einbringt. Die Dichte der industriellen Wertschöpfungsketten mit ihrem Mix aus innovativen Großunternehmen und einem breiten und dynamischen Mittelstand, mit starken Betrieben und qualifizierten Belegschaften, sowie die gegenseitige Befruchtung mit der exzellenten Wissenschaftslandschaft, sind von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Exemplarisch seien die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien benannt, an deren Schnittstelle in Nordrhein-Westfalen ein einzigartiges Innovationsnetzwerk zwischen den Unternehmen, den Hochschulen und den Forschungseinrichtungen besteht. Hier wird sowohl projektbezogen als auch projektunabhängig an den Zukunftsherausforderungen der Werkstoffhersteller und Anwender geforscht und Ideen dazu umgesetzt.

Um die Innovationstätigkeit zum Wohle des Industriestandorts NRW zu steigern, müssen wir, die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs, uns u.a. bei den Themen Fachkräftemangel, Bürokratieabbau, Digitalisierung und Innovationsförderung sowie Aus- und Weiterbildung zukünftig noch stärker positionieren und umsetzungsorientiert handeln. Von entscheidender Bedeutung ist außerdem die enge, anwendungsorientierte Zusammenarbeit von Wirtschaft, Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden und Wissenschaft. Dabei muss der gesamte Innovationsprozess im Blick sein, von der Grundlagenforschung bis hin zum Transfer und der Implementierung.

Beste Rahmenbedingungen und Innovationsorientierung der Industrie in Nordrhein-Westfalen

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie durch eine hohe Innovationsorientierung sicherzustellen, ist unter anderem eine **Weiterentwicklung und Vereinfachung von Verfahren wie auch der rechtlichen Rahmenbedingungen** notwendig. Regulatorische Hemmnisse und komplexe Genehmigungsverfahren gehören auf den Prüfstand.

Um die Innovationspotenziale der Industrie zu heben, bedarf es einer **engen Vernetzung von Unternehmen untereinander sowie mit den lokalen Wissenschafts- und Hochschuleinrichtungen**. Die gewachsenen Strukturen aus Clustern, Innovationsnetzwerken und Kompetenzzentren sind ein Alleinstellungsmerkmal unseres Bundeslandes. Sie sollten entlang spezifischer Zukunftstechnologien und unter Berücksichtigung der Wertschöpfungszusammenhänge weiterentwickelt und ausgebaut werden. Angesichts der Tatsache, dass die anstehenden Transformationsherausforderungen der Industrie häufig Lösungen erfordern, die sich aus dem Zusammenbringen unterschiedlicher Wissens- und Technologiefelder ergeben, wäre beispielsweise eine Ausweitung des clusterübergreifenden Austausches („Cross-Clustering“) wünschenswert. Die Industrie hebt durch vielfältige Kooperationen mit Wissenschaftseinrichtungen und anderen Unternehmen – auch mit kleinen und mittleren Unternehmen sowie mit Neugründungen – die Potenziale des Standorts NRW. Insbesondere Großunternehmen können beispielsweise mit Inkubatorenprogrammen Zugang zu Technologien erlangen und zudem einen Beitrag zur Stärkung des Innovationssystems Nordrhein-Westfalens und der regionalen Kompetenzprofile sowie zur Transformation der Wirtschaft leisten.

Es geht auch darum, **konkrete Experimentierräume, wie z.B. Labore und Smart Factories** als Räume für die Entwicklung von Zukunftstechnologien zu unterstützen. Mit diesen sollte auch eine zukunftsfähige Gestaltung der Arbeitswelt und gute Arbeitsbedingungen erörtert werden.

Es bedarf **finanzieller Anreizmechanismen für Innovationsaktivitäten** und der Anwendung neuer Technologien am Standort Nordrhein-Westfalen. Ziel muss es dabei auch sein, den oft zunächst erforderlichen Investitionsaufwand und mögliche Wirtschaftlichkeitslücken beim Umstieg auf klimaneutrale und/oder energieeffiziente Produktionstechnologien zu verringern und im Prozess der Herstellung industrieller Reife die Investitionsrisiken bei Pilot- und Upscaling-Projekten zu minimieren. Neben der klassischen Fremdkapital-Finanzierung sollte dabei auch die Mobilisierung von Wagniskapital und von Fondsmodellen (zur Innovations- und Transformationsförderung) mitgedacht werden. Ein effektives Instrument ist die steuerliche Forschungsförderung.

Benötigt werden **gut qualifizierte Fachkräfte**, die Innovationen hervorbringen und umsetzen. Dies wird in der Fachkräfteoffensive der Landesregierung unter Federführung des MAGS u.a. in den dazu stattfindenden Quartalsgesprächen berücksichtigt. Wichtig ist beispielsweise eine Stärkung von MINT in der gesamten Bildungskette. Zwecks Gewinnung und Bindung von Fachkräften engagieren sich die Unternehmen als **attraktive Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber** mit guten Arbeitsbedingungen, die den Anforderungen beider Seiten gerecht werden (u.a. durch Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Mitbestimmung sowie angemessene Gehälter).

Aufgrund des großen **Beschaffungsvolumens des öffentlichen Sektors** kann dieser wesentliche Impulse für Innovationsaktivitäten in der Industrie setzen. Erforderlich hierfür ist eine stärkere strategische Einbeziehung von Produkten und Leistungen mit innovativen und nachhaltigen Lösungen in der öffentlichen Beschaffung. Vorrangig können beispielsweise in den Bereichen Digitalisierung, Energieeffizienz oder Kreislaufwirtschaft wichtige Impulse gesetzt werden.

Innovative Gründungen sind ein unabdingbarer Baustein des wirtschaftlichen, auch industriellen Erneuerungsprozesses. Wichtige technologische Neuerungen werden häufig von jungen Unternehmen entwickelt und in den Markt gebracht. Sie sind für Industrieunternehmen deshalb attraktive Kooperationspartner bei der Integration neuer Produkte, Technologien oder Geschäftsmodelle. Nordrhein-Westfalen ist bereits ein **attraktiver Gründungsstandort und hat sich in den vergangenen Jahren zu einem der führenden Start-up Hotspots** in Deutschland und Europa entwickelt. Um insbesondere technologieorientierte und wachstumsstarke Gründungen weiterhin zu stärken, wollen die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialoges diesen Vorsprung ausbauen.

Unternehmen sind Hauptbetroffene und wesentliche **Gestalter der Transformation**. Sie stellen sich den Herausforderungen, indem sie ihre Geschäftsmodelle, Produktionsprozesse und Geschäftsabläufe weiterentwickeln und neue Produkte generieren. Hierfür entwickeln die Unternehmen eigene, auf das jeweilige Unternehmen zugeschnittene strategische Ansätze und sind wegen der großen Herausforderungen der Transformation noch stärker als bisher gefordert, in Forschung und Entwicklung sowie Innovationsaktivitäten zu investieren.

Zukunft der Förderlandschaft in NRW

Bei der Weiterentwicklung der Förderlandschaft sollte der Fokus auf einer zukunftsfähigen technologieoffenen Forschungs-, Innovations-, und Technologieförderung für alle Unternehmen, aber mit einem besonderen Fokus auf **kleine und mittelständische Unternehmen** in der Industrie liegen. Diese sollten insbesondere dabei unterstützt werden, aus Ideen innovative Produkte zu entwickeln, diese schneller als bisher auf internationale Märkte zu bringen und Geschäftsmodelle auf der Grundlage neuer Technologien zu realisieren. Es sollte sichergestellt werden, dass das Förderinstrumentarium die gesamte Innovationskette abdeckt und keine wesentlichen Förderlücken verbleiben. Zudem ist es wichtig, dass die Förderlandschaft von niedrigschwelligen Angeboten für KMU bis hin zu größeren Strukturförderprojekten eine große Bandbreite der verschiedenartigen Anforderungen adressiert.

Insbesondere für die energieintensive **Grundstoffindustrie** ist die Umstellung auf eine klimaneutrale Produktion eine große Herausforderung. Dazu ist ein konsistenter Förderrahmen erforderlich, der die Forschung und Entwicklung zu Transformationstechnologien und ihrer Anwendung zielgerichtet und effizient flankiert. Im Zentrum stehen dabei insbesondere Fragestellungen zum Einsatz von Wasserstoff in den Produktionsanlagen, bei der Erzeugung von Prozesswärme und dem Transport in den Netzen.

Unabdingbar ist darüber hinaus eine **Effizienzsteigerung der Förderprogramme**, beispielsweise durch eine wesentliche Vereinfachung von Antrags-, Förder- und Berichtspflichten und eine Verschlankung der komplexen Antragsregularien.

Neben den Förderungen mit Landesmitteln werden derzeit im Rahmen des EFRE/JTF-Programms NRW 2021-2027 zahlreiche Fördermaßnahmen angeboten und Innovationswettbewerbe durchgeführt. Mit einem Investitionsvolumen von 4,2 Milliarden Euro aus EU-Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und des Just Transition Fund (JTF) sowie der Ko-Finanzierung des Landes

Nordrhein-Westfalen und Eigenanteilen der Projekte können bis 2027 zahlreiche zukunftsweisende Vorhaben umgesetzt werden. Die Mittel müssen niederschwelliger und unbürokratischer eingesetzt werden.

Die Landesregierung verfolgt daher insbesondere die folgenden Ziele und Maßnahmen und wird durch die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs als Akteure in den verschiedenen Bereichen unterstützt:

- Die Ermöglichung und den Ausbau einer engen Vernetzung von Unternehmen untereinander sowie mit den lokalen Wissenschafts- und Hochschuleinrichtungen.
- Eine stärkere Berücksichtigung innovativer und nachhaltiger Produkte und Leistungen in der öffentlichen Beschaffung
- Die führende Rolle von NRW als Gründungsstandort in Deutschland und Europa festigen und ausbauen.
- Höhere private Investitionen von Unternehmen in Forschung und Entwicklung und Innovationsaktivitäten durch bestmögliche Rahmenbedingungen für FuE-Investitionen.
- Die Stärkung von Experimentierräumen und Reallabor-Ansätzen als wichtiges Instrument für den Transfer von Innovationen in die Umsetzung.

c) Schlüsselthema Zirkuläre Wertschöpfung

Zirkuläre Wertschöpfung, Ressourcenschonung und Umweltfreundlichkeit für eine zukunftsfähige Industrie in NRW: Circular Economy als industrie- und innovationspolitische Kernaufgabe

Nordrhein-Westfalen ist aufgrund seiner vollständigen industriellen Wertschöpfungsnetzwerke und der wirtschaftlichen Integration von Betrieben aller Größenordnungen im EU-Binnenmarkt prädestiniert für die Entwicklung von zirkulären Wirtschaftskonzepten. Zugleich ist zirkuläre Wertschöpfung ein zentraler Hebel für Resilienz mit Blick auf Rohstoffabhängigkeiten und Klimawandel und potenziell ein Treiber für Innovation. Zirkuläres Wirtschaften ist kein Selbstläufer. Damit Nordrhein-Westfalen die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpotenziale der zirkulären Wertschöpfung nutzen und Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Ländern und Regionen erreichen kann, braucht es optimale Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen gemeinsam praxisorientiert weiterzuentwickeln, ist Anliegen der Beteiligten des Zukunftsdialogs. Der Wandel zur Circular Economy birgt neben Herausforderungen auch Chancen für ein industriepolitisches Innovations- und Ermöglichungsprogramm. Ein effizienter und effektiver Einsatz von Rohstoffen und Energie und das Entwickeln von Produkten in zirkulärer Qualität dient dem Klima- und Umweltschutz, stabilisiert Wirtschaftskreisläufe und sichert Arbeit sowie Wohlstand. Auch wenn gemeinsam entsprechende Vorleistungen und Investitionen für die industrielle Transformation zu leisten sind, bietet die Circular Economy große Chancen für Nordrhein-Westfalen.

Die Europäische Union hat ab 2030 das Jahrzehnt der Zirkularität ausgerufen und im Rahmen verschiedener Rechtsakte verbindliche Zeiträume definiert, beispielsweise mit dem digitalen Produktpass, der bereits 2026 für bestimmte Produkte Realität wird. Darauf bereitet sich auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen vor und bringt sich aktiv in die bestehenden Prozesse im Bund und in der Europäischen Union ein. In der neuen EU-Wahlperiode gilt es, praktikable und bürokratiearme Lösungen für Unternehmen zu finden. Die **Kreislaufwirtschaftsstrategie des Landes** sollte dabei wichtige bundespolitische und europäische Vorhaben aufgreifen und lösungsorientiert für Nordrhein-Westfalen mitdenken. Digitalisierung spielt beim Ausbau der Zirkularität eine entscheidende Rolle, denn die **Integration digitaler Technologien** ermöglicht eine klügere Ressourcennutzung, zum Beispiel bei der Optimierung von Produktionsprozessen, der Verlängerung des Lebenszyklus oder zur Reduzierung von Abfällen. Außerdem lassen sich Lieferketten so transparenter gestalten. **Digitale Produktpässe** werden hierbei eine wichtige Rolle spielen. Durch digitalisierten Datenaustausch werden viele Geschäftsmodelle, und auch gesetzliche Informationspflichten leichter umsetzbar sein. Es gilt, die Unternehmen bei dieser digitalen Transformation zu begleiten. Nordrhein-Westfalen verfügt über enorme Innovationskraft, dies haben Wirtschaft und Industrie immer wieder bewiesen. Dieses Potenzial muss genutzt und weiterhin gefördert werden, damit die Transformation unserer Wirtschaft hin zu einer umfassenden Circular Economy gelingt

Rohstoffsicherung zur Stärkung der Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit

Die doppelte (klimaneutrale und digitale) Transformation der Wirtschaft und die weltweiten Krisen haben zu einer Verschiebung der Rohstoffbedarfe geführt, die

sich in den nächsten Jahren weiter verstärken werden. Für die Transformation benötigte Rohstoffe, besonders im Bereich Eisen- und Nicht-Eisen-Metalle, Leichtmetalle und Seltene Erden, sind weltweit begehrt. Um die Resilienz und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Nordrhein-Westfalen zu stärken und sie zukunftsfähig aufzustellen, ist es daher zwingend erforderlich, eine **sichere Rohstoffversorgung der heimischen Wirtschaft** in den Fokus zu rücken, aktuelle Abhängigkeiten von exportierenden Ländern zu reduzieren, soweit dies möglich ist, und die Herkunft der Einfuhren zu diversifizieren. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen begleitet die legislativen Vorhaben im Bund und in der EU aktiv. Dabei ist die Frage zu berücksichtigen, wie der Abbau und die Verwertung von Rohstoffen weltweit fairer und sicherer gestaltet sowie Umwelt- und Menschenrechte beim Rohstoffabbau beachtet werden können. Auch die Nutzung heimischer Rohstoffe wird in diesem Kontext weiterhin eine bedeutende Rolle spielen. Eine weitere wichtige Säule für die Rohstoffsicherung ist die Senkung des Primärrohstoffbedarfs durch die Erhöhung der Rohstoffeffizienz und -substitution bei gleichzeitiger Erhöhung der quantitativen und qualitativen Recyclingquoten durch bessere Trennung, Sortierung und Aufbereitung von Sekundärrohstoffen. Insgesamt gilt es auch hier, die Forschung und Entwicklung zu stärken sowie den Rechtsrahmen zu optimieren, um die Verfügbarkeit und Nutzung von alternativen Rohstoffen und Sekundärrohstoffen zu fördern sowie deren Kosten zu reduzieren.

Umweltfreundlichkeit als Grundlage wirtschaftlichen Handelns

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen und bekennt sich zur Umsetzung des Green Deal. Für einen wettbewerbsfähigen sowie gleichzeitig klimaneutralen und umweltfreundlichen Industriestandort sind grundlegend neue Produktionsprozesse und -verfahren, qualifizierte Fachkräfte, verbesserte Infrastrukturen und Rahmenbedingungen sowie ein effektiver Vollzug in den Behörden unabdingbar. Diesen Veränderungsprozess wird die Landesregierung auch zukünftig gemeinsam mit Kammern, Verbänden, Unternehmen und Gewerkschaften gestalten und durch konkrete Schritte vorantreiben. Technische Innovationen haben bereits in der Vergangenheit ihren Beitrag geleistet, die Produktion von Gütern und die Abwicklung von Dienstleistungen effizienter und umweltschonender ausgestalten zu können. Mit Hinblick auf den sektorübergreifenden Charakter der Circular Economy sind daneben auch nichttechnische und organisatorische Innovationen notwendig. Umweltfreundlichkeit, Ressourcenschonung und zirkuläre Wertschöpfung sind zentrale Säulen für die Zukunftsfähigkeit der Industrie in Nordrhein-Westfalen.

NRW-Industrie auf dem Weg in die zirkuläre Zukunft

Mit Zukunftsthemen wie der Hinwendung zu zirkulärer Wertschöpfung ist der Industriestandort Nordrhein-Westfalen auf ein innovationsfreundliches Umfeld angewiesen, das Planungssicherheit garantiert, Investitionen in Nordrhein-Westfalen ermöglicht sowie Beschäftigung und gute Arbeit am Standort Nordrhein-Westfalen sichert. Den Unternehmen müssen Rahmenbedingungen für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung stehen, Hemmnisse für Investitionen müssen aus dem Weg geräumt und Investitionsanreize durch entsprechende Instrumente stimuliert werden. **Nordrhein-Westfalen hat beste Voraussetzungen**, um den Wandel zu neuem Wirtschaften effektiv voranzubringen.

Es ist das Kernland der deutschen Industrie und versammelt die verschiedensten Branchen und Wertschöpfungsstufen. Es gilt, diese Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu halten und die Rahmenbedingungen insbesondere in den Bereichen der zirkulären Wirtschaft so attraktiv wie möglich zu gestalten. Trotz Herausforderungen, wie etwa begrenzter Spielräume für Investitionen in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld, haben viele Unternehmerinnen und Unternehmer in Nordrhein-Westfalen begonnen, den Grundgedanken des zirkulären Wirtschaftens, der umweltfreundlichen und ressourcenschonenden Produktion in ihr Kerngeschäft zu integrieren und sind damit nachhaltig am Markt erfolgreich.

Diese Erfolge gilt es in die breite Fläche zu übertragen und in allen Unternehmen als Grundlage für nachhaltigen unternehmerischen Erfolg weiter zu implementieren. Insbesondere der Mittelstand muss in die Lage versetzt werden, die Herausforderung einer zirkulären Wirtschaft bewältigen zu können. Um diese Ziele zu erreichen, arbeiten Landesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften im Zukunftsdialog eng zusammen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie langfristig zu stärken und resilienter aufzustellen, werden große Teile unserer **Wertschöpfungsketten verstärkt zirkulär ausgerichtet, Ressourcen geschont, Emissionen verringert** und mit Innovationen eine nachhaltige Wirtschaft gefördert. Für die Etablierung einer Circular Economy sind eine entsprechende **Zielsetzung** sowie klare **Rahmenbedingungen und ermöglichende Rechtsgestaltung** erforderlich. Nordrhein-Westfalen setzt sich auf nationaler und europäischer Ebene für praxistaugliche und bürokratiearme Regelungen ein. Aus Sicht der Landesregierung wird die Kreislaufwirtschaft durch die **Etablierung grüner Leitmärkte** gestärkt. Der **öffentlichen Beschaffung** kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu, denn sie kann ein deutliches Signal auch für die Privatwirtschaft geben.

Für die Etablierung einer Circular Economy erarbeitet die Landesregierung im Rahmen einer **Kreislaufwirtschaftsstrategie** ein klares Zielbild sowie möglichst gute und praxisnahe Rahmenbedingungen für die Unternehmen. Die Strategie soll u.a. dazu dienen, die Transformation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu begleiten. Damit das gelingt, ist der Austausch mit den Wirtschaftsakteuren und Verbänden im Rahmen des Erarbeitungsprozesses der Strategie von grundlegender Bedeutung. Die Transformation hin zu grünen Produktionsverfahren und Produkten bedarf der Unterstützung durch die Vereinfachung und **Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren**. Digitalisierung und Circular Economy können eine synergetische Partnerschaft bilden und sollten gemeinsam gedacht werden. Die **Integration digitaler Technologien** ermöglicht eine klügere Ressourcennutzung. Auf Produkt-Ebene werden beispielsweise Digitale Produktpässe eine wichtige Rolle spielen. Auch die Integration künstlicher Intelligenz (KI) kann maßgebliche Beiträge leisten (z.B. durch KI.NRW).

Zirkuläres Wirtschaften bedeutet neben technologischen Innovationen, dass frühzeitig in Aus- und Weiterbildung investiert wird. Die **Fachkräftesicherung** in einer zirkulären Wirtschaft muss sowohl durch Stärkung der endogenen Potentiale als auch durch gezielte Anwerbung aus dem Ausland unterstützt werden. Zirkuläres Wirtschaften kann als technologische und auch als soziale Innovation verstanden werden. Die **verfasste Mitbestimmung und die Möglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretung** können genutzt werden, um die Beschäftigten

frühzeitig an den betrieblichen Veränderungsprozessen einer zirkulären Wirtschaft zu beteiligen und eine Mitgestaltung zu ermöglichen.

Mit Blick auf die Deponien in Nordrhein-Westfalen sind einerseits die **Potentiale des Urban Mining** in den Blick zu nehmen und andererseits braucht es auch in Zukunft ausreichende Deponiekapazitäten zur sicheren Entsorgung der auch in absehbarer Zukunft nicht recycelbaren Abfälle.

Die Landesregierung verfolgt daher insbesondere die folgenden Ziele und Maßnahmen und wird durch die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs als Akteure in den verschiedenen Bereichen unterstützt:

- Eine zirkuläre Ausrichtung von Wertschöpfungsketten, Schonung von Ressourcen, Verringerung von Emissionen und Förderung von Innovationen für eine nachhaltige Wirtschaft.
- Die Entwicklung einer NRW-Kreislaufwirtschaftsstrategie zur Schaffung guter Rahmenbedingungen für die nachhaltige Transformation der Industrie.
- Die Integration digitaler Technologien für eine einfachere und schnelle Umsetzung der Circular Economy.

d) Schlüsselthema Klima und Energie

Grundausrichtung zu den Schlüsselthemen Klima und Energie: Gemeinsam auf dem Weg in die klimaneutrale Industrie

Nordrhein-Westfalen ist **Industrieland**. Im dichtbesiedelten Herzen Europas, mit einer langen industriellen Erfolgsgeschichte sehen wir, die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs, die Transformation nicht nur als Herausforderung, die es gemeinsam zu gestalten gilt, sondern auch als Chance und als Innovationsmotor, der unser Industrieland antreibt und unsere Position als Heimat qualitativ hochwertiger Produkte stärkt. Der sehr hohe Vernetzungsgrad des industriellen Wertschöpfungs-systems in NRW vom spezialisierten Kleinst-, kleinen und mittelständischen Unternehmen bis hin zu großen Mittelständlern und Großunternehmen, von der Grundstoffherzeugung über die Weiterverarbeitung bis hin zur Veredelung, bietet erhebliche logistische, ökonomische und ökologische Vorteile und ist somit ein relevanter Standortfaktor für alle in Nordrhein-Westfalen ansässigen Industriebetriebe.

Dieses Netzwerk bietet eine Chance für die Transformation und bedarf einer stetigen Weiterentwicklung. NRW bleibt dabei Industrieland, von der energieintensiven Grundstoffindustrie über den mittelständischen Hidden Champion bis zum Handwerk, und ist gleichzeitig offen für die Entwicklung weiterer Branchen. Das sichert NRW gute, vielfach tarifgebundene Arbeitsplätze für alle Qualifikationsstufen. Dazu gilt es, Rahmenbedingungen und standortrelevante Faktoren stetig im Sinne der globalen Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, um NRW als attraktive Wirtschaftsregion weiterzuentwickeln. Wir, die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs, stellen uns den Herausforderungen zur Begrenzung des Klimawandels und teilen die Erkenntnis, dass nur eine dauerhaft nachhaltige und klimaneutrale Wirtschaft wettbewerbsfähig ist, den Standort stärkt und Arbeitsplätze erhält sowie neue schafft. Nur eine gelungene Transformation zur Treibhausgasneutralität wird Beispielcharakter für andere Industrieregionen haben. Daher unterstützen wir das Ziel, dass Nordrhein-Westfalen bis 2045 zur **ersten klimaneutralen Industrieregion Europas** wird.

Nordrhein-Westfalens Industrie auf dem Weg in die Klimaneutralität

Der Standort Nordrhein-Westfalen steht im internationalen Wettbewerb um Investitionen in die Industrie. Die Unternehmen investieren dort, wo gute Bedingungen für Wettbewerbsfähigkeit und Infrastruktur bei der Transformation sowie Planbarkeit gewährleistet sind. Die Energieversorgungssicherheit und -qualität in Deutschland und Nordrhein-Westfalen müssen auch zukünftig zu jeder Zeit gewährleistet bleiben. Denn Energieversorgungssicherheit ist fundamentale Grundlage für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben. Derzeit stellen vor allem hohe Stromkosten eine Herausforderung dar, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der NRW Industrie schwächt und Investitionen in die Transformation der Wirtschaft erschwert. Dies fordert insbesondere den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen mit seinen derzeit noch intakten industriellen Wertschöpfungsnetzwerken von der energieintensiven Grundstoffindustrie bis zur Endfertigung.

Die Nutzung von technisch und wirtschaftlich erschließbaren Energieeffizienzpotentialen bietet die Möglichkeit, den Energiebedarf in der Prozesswärmebereitstellung zu reduzieren. Zusätzlich sollte die im Betrieb nicht mehr nutzbare

und somit unvermeidbare Abwärme weiterverwendet werden, z. B. durch den Anschluss an ein Wärmenetz zur öffentlichen Versorgung. Um diese ökologischen und für Unternehmen auch ökonomischen Potentiale zu heben, bedarf es Instrumente zur Finanzierung und zur Absicherung der Wärmelieferungen. Energiebedarfe werden bis 2045 klimaneutral gedeckt. Strom aus erneuerbaren Quellen wird der Standard-Energieträger in der Industrie werden und fossile Energieträger ersetzen. Seine kontinuierliche Verfügbarkeit zu international wettbewerbsfähigen Preisen ist ein Schlüsselfaktor für das Gelingen der Industrietransformation. Erforderlich sind konkrete Maßnahmen zur Senkung der Strompreise und der Netzentgelte, damit die Unternehmen im Wettbewerb bestehen und den Wandel annehmen können. Die EWS formuliert eine Reihe von Handlungsansätzen. Weiterhin sollten individuelle Netzentgelte als wirksame Entlastung für energieintensive Unternehmen beibehalten werden. Ambitionierte Ziele und umfassende Maßnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien sind daher für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts von zentraler Bedeutung. Für den aufgezeigten Weg dorthin sehen die Beteiligten bis 2045 viele Herausforderungen, die der konkreten Begleitung und aktiven Unterstützung durch die Landesregierung bedürfen. Die zentralen Maßnahmen und Handlungsbedarfe in diesen Bereichen werden in der **Energie- und Wärmestrategie für Nordrhein-Westfalen** adressiert. Die Umsetzung der Energie- und Wärmestrategie NRW wird die Landesregierung einem engen und regelmäßigen Monitoring unterziehen und bei Bedarf nachsteuern.

Die Integration der erneuerbaren Energien in ein versorgungssicheres und wettbewerbsfähiges Energiesystem muss von einem zügigen Ausbau von Transport- und Speicherinfrastrukturen begleitet werden. Darüber hinaus braucht es gesicherte steuerbare Kraftwerksleistung als Back-Up-Kapazität in ausreichender Größenordnung, um den vorgezogenen Kohleausstieg versorgungssicher umzusetzen und eine sichere Energieversorgung zu garantieren. Aus Sicht Nordrhein-Westfalens sind die derzeit umfassten Maßnahmen der Kraftwerksstrategie alleine voraussichtlich nicht ausreichend, um die zukünftige Deckungslücke an gesicherter Leistung in Deutschland zu kompensieren. Wir, die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs, setzen uns auf Bundesebene gemeinsam ein für die Weiterentwicklung der Kraftwerksstrategie unter Einbeziehung von Kraft-Wärme-Kopplung und Biomasse. Die Landesregierung selbst unterstützt den Prozess durch die **Beschleunigung und Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsprozessen**. Zudem sollten intelligente - die industrielle Realität berücksichtigende - Anreize zur Flexibilisierung von Produktionsprozessen, z. B. durch die Vermarktung von Flexibilisierungspotentialen, gesetzt werden, damit dort, wo möglich, die Potentiale der Industrie zur Systemsicherheit erschlossen werden können. Hierbei können lastseitige Flexibilität eine wichtige Rolle spielen.

Wasserstoff wird mittel- und langfristig neben elektrischem Strom zum zweiten zentralen Energieträger in Nordrhein-Westfalen. Bereits heute wird grauer (aus fossilen Quellen hergestellter) Wasserstoff in der stofflichen Anwendung von der Industrie in großen Mengen benötigt. Der Bedarf wird zukünftig, besonders mit Blick auf Chemie und Stahl, noch weiter steigen. Absehbar und teilweise bereits in diesem Jahrzehnt müssen daher ausreichende Mengen an grünem Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Bedingungen zur Verfügung stehen. Übergangsweise kann bspw. auch blauer Wasserstoff, bei dessen Produktion aus fossilen Energieträgern das entstehende Kohlendioxid (CO₂) aufgefangen und gespeichert wird (CCS), einen Beitrag leisten.

Besonders für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft werden On-Site Elektrolysekapazitäten benötigt. Der Import soll mittel- und langfristig den Großteil der Wasserstoffversorgung in unserem Land sichern, ohne bereits getätigte Investitionen in Elektrolysekapazitäten zu gefährden. Außerdem ist für den Wasserstoffhochlauf die Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für Elektrolyseure sowie von Industrieanlagen auf der Abnehmerseite von großer Bedeutung. Der Aufbau einer leistungsfähigen **Wasserstoffinfrastruktur** hat bereits begonnen und wird, auch unter Berücksichtigung der regionalen Verteilung, weiterentwickelt. Ein rascher Wasserstoffzugang ist für viele Unternehmen auch im industriellen Mittelstand eine Voraussetzung für die Transformation hin zur Klimaneutralität. Diversifizierte Bezugsquellen für grünen Wasserstoff steigern die Versorgungssicherheit gegenüber den Zeiten der fossilen Energieträger.

Auch bei einer erfolgreichen weitgehenden Dekarbonisierung und dort, wo auf Kohlenstoff nicht verzichtet werden kann, einer umfassenden Defossilisierung, werden noch immer CO₂-Mengen prozessbedingt anfallen. In diesen Industrien mit schwer vermeidbaren CO₂-Mengen werden Technologien zur CO₂-Abscheidung, z. B. Carbon Capture and Storage (CCS) oder Carbon Capture and Utilisation (CCU), einen wichtigen Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität leisten.

Gute Rahmenbedingungen für die nordrhein-westfälische Industrie: günstige Energie, gute Infrastruktur, Industrieakzeptanz

Die Handlungsfelder der Transformation müssen mit Blick auf miteinander verbundene Investitionsentscheidungen zusammen betrachtet werden. Wettbewerbsfähige Strom- und Energiepreise sind eine unabdingbare Voraussetzung, damit Unternehmen die Transformation Richtung Klimaneutralität erfolgreich bewältigen können und hier investieren. Für ausländische Direktinvestitionen wird Nordrhein-Westfalen damit attraktiver.

Erneuerbare Energien sind die Basis für eine zukunftsfeste, klimaneutrale und zuverlässige Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Die Transformation des Energiesystems geht zunächst mit einer Steigerung der Systemkosten einher. Diese Transformationskosten überlagern im Übergang die sinkenden Stromerzeugungskosten durch den vermehrten Einsatz günstiger erneuerbarer Energien. Die Landesregierung erachtet insbesondere eine Lösung für eine Entlastung bei den Strompreisen für die Industrie als essentiell. Die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs begrüßen die Verstetigung der Stromsteuersenkung und die von der Bundesregierung angekündigte Fortführung der Strompreiskompensation bis 2030 für das produzierende Gewerbe auf das EU-Mindestmaß. Es ist zudem erforderlich, dass die Stromsteuer für sämtliche Unternehmen entsprechend abgesenkt wird und damit auch Betriebe aus den Bereichen Dienstleistungen, Handel und das gesamte Handwerk auf breiter Front entlastet werden. Damit die zur Systemintegration nötigen Kosten und Investitionen in den Infrastrukturausbau nicht zur Erhöhung der Stromkosten der Unternehmen führen, sollten außerdem die Netzentgelte wie in der Vergangenheit durch einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt abgesenkt werden und gleichzeitig bestehende Maßnahmen, wie die Möglichkeit der individuellen Netzentgelte für besonders energieintensive Unternehmen, beibehalten sowie systemdienlich und industriegerecht weiterentwickelt werden. Die **staatliche Mitfinanzierung der Netzinfrastrukturen** ist eine rentable Investition in einen zukunftsfesten Industriestandort

Deutschland. Deshalb scheint uns die Überlegung eines Amortisationskontos in der Systematik des Wasserstoffkernnetzes zur Streckung der Investitionskosten über die nächsten Jahrzehnte für erwägenswert. Darüber hinaus ist ein umfassender Carbon-Leakage-Schutz für das produzierende Gewerbe von zentraler Bedeutung, solange es kein Level Playing Field in der weltweiten CO₂-Bepreisung gibt.

Der Einsatz für den Bürokratieabbau sowie möglichst einfache, schnelle und digitalisierte Planungs- und Genehmigungsverfahren ermöglichen den Unternehmen, ihre Ressourcen in die Transformation und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu investieren. Um die Wirtschaftlichkeit für Investitionen sicherzustellen und Planungssicherheit zu gewährleisten, ist eine industriefreundliche **Umsetzung grüner Leitmärkte** in Nordrhein-Westfalen ein wesentliches Instrument. Beispielhaft können Instrumente wie der LESS-Standard für CO₂-reduzierten Stahl hier als Grundlage dienen. Generell braucht es klare Rahmenbedingungen und planungssichere Pfade für den Hochlauf grüner Produkte. Für die Aufbauphase sind zudem staatliche Anschubfinanzierungen, z.B. durch Klimaschutzverträge, von wichtiger Bedeutung. Die Industrie ist auf eine funktionierende Infrastruktur in allen Bereichen angewiesen. Der Netzausbau muss forciert und das **Wasserstoffkernnetz** aufgebaut und weiterentwickelt werden. Es bedarf einer klaren Perspektive für den Aufbau eines CO₂-Netzes. Es sollte eine größtmöglich integrierte und abgestimmte Entwicklung beim Auf-, Aus- und Umbau von Stromnetz-, Rohrleitungs- und Speicherinfrastruktur zur künftigen Energie- und Rohstoffversorgung erfolgen.

Ein **sicherer, klimafreundlicher Transport** sowie die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Produkten ist die Grundlage für einen starken, zukunftsfähigen Industriestandort. Neben einer verstärkten Verlagerung auf Binnenschiff und Schiene wird zukünftig vor allem der Straßengüterverkehr auf klimafreundliche Antriebe umgestellt werden. Dazu muss schnell und flächendeckend die passende Infrastruktur aufgebaut werden, damit Nordrhein-Westfalen auch in diesem Bereich konkurrenzfähig bleibt. Um Investitionen in die notwendige Transformationsinfrastruktur und klimaschonende Produktionsverfahren auszulösen, braucht es neben einem Mix aus Lösungsvorschlägen für staatliche Absicherungsinstrumente, marktwirtschaftlichen Anreizen und regulatorischen Rahmenbedingungen, um die erforderlichen öffentlichen und privaten Investitionen auszulösen, auch Lösungsvorschläge für **verlässliche Finanzierungsinstrumente**, um eine nachhaltige, verfassungsrechtlich konforme und damit planungssichere finanzielle Grundlage für die Unternehmen in Deutschland zu bilden.

Die Transformation hin zur Klimaneutralität ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Unternehmen, Gewerkschaften und Politik müssen sich weiterhin für ein positives Industriebild einsetzen. Akzeptanz für neue Technologien und Veränderungen sind Grundvoraussetzung für den Erfolg der Transformation. Transparenz und Partizipation sind daher entscheidende Elemente der Industrietransformation. Besonders in Nordrhein-Westfalen wissen viele Menschen, dass ein wesentlicher Teil ihres Wohlstandes mit der Industrie verknüpft ist. Die Absicherung der Zukunft durch eine gelungene Transformation, die eine klimaneutrale und international wettbewerbsfähige Produktion ermöglicht, ist daher dringend notwendig.

Die Landesregierung verfolgt daher insbesondere die folgenden Ziele und Maßnahmen und wird durch die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs als Akteure in den verschiedenen Bereichen unterstützt:

- Die Bekräftigung und gemeinsame Unterstützung des Ziels, bis 2045 die erste klimaneutrale Industrieregion Europas zu werden.
- Die Gewährleistung einer bezahlbaren, nachhaltigen und stets sicheren Energieversorgung.
- Die Unterstützung der Umsetzung der Energie- und Wärmestrategie des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Die Fortführung des Aufbaus einer leistungsfähigen Wasserstoffinfrastruktur.
- Eine industriefreundliche Umsetzung grüner Leitmärkte z.B. durch die Setzung von Standards wie dem Low Emission Steel Standard (LESS) im Stahlbereich

e) Schlüsselthema Digitale Infrastruktur

Leistungsfähige und sichere digitale Infrastruktur mit Glasfaser und 5G-Mobilfunk sind das Rückgrat für eine zukunftsfähige Industrie in NRW

Die industrielle Transformation bedarf **modernster Informations- und Kommunikationstechnik**. Es entstehen vernetzte Wertschöpfungsnetzwerke in digitalen Ökosystemen. Eine moderne, digitale Infrastruktur ist essenziell für wirtschaftliche Entwicklungsprozesse. Sie ermöglicht sowohl neue Formen der Kooperation, Produkte und Geschäftsmodelle, als auch Beiträge zur Ressourcen- und Energieeffizienz und zum Klimaschutz. Ein flächendeckendes Glasfasernetz und ein flächendeckendes 5G-Netz tragen zusammen mit leistungsfähigen Rechenzentren dazu bei, dass die Industrie in Nordrhein-Westfalen zukünftig wettbewerbsfähig bleibt – sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum. Landesregierung, Telekommunikationswirtschaft und Kommunen ist es ein gemeinsames Anliegen, den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen voranzutreiben und der Industrie bestmögliche Standortbedingungen zu bieten. Dazu gehört auch eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur für Verwaltungsprozesse für die Wirtschaft. Mit dem **Wirtschafts-Service Portal NRW (WSP.NRW)** verfügt Nordrhein-Westfalen beispielsweise bereits über ein zentrales digitales Zugangstor für die Wirtschaft. Nordrhein-Westfalen ist Standort der Informations- und Telekommunikationswirtschaft, die größten deutschen Netzbetreiber und Funkturmunternehmen sind hier ebenso ansässig wie auch viele ihrer Zuliefererunternehmen. Die Landesregierung hat das ambitionierte Ziel, im Laufe des Jahrzehnts ein flächendeckendes Glasfasernetz und ein flächendeckendes 5G-Netz zu erreichen. Die öffentliche Hand kooperiert intensiv mit der Telekommunikationsbranche als Ausbautreiber, um hier auf Wachstumskurs zu bleiben. Die jeweiligen Ausbaustände und -perspektiven werden regelmäßig im **Glasfaseratlas NRW** bzw. dem Dashboard **Mobilfunk.NRW** transparent gemacht und dokumentiert.

Die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs unterstützen nachdrücklich das Ziel, eine leistungsfähige und sichere digitale Infrastruktur mit Glasfaser, 5G-Mobilfunknetzen und leistungsfähigen Rechenzentren zu entwickeln. Die enge Zusammenarbeit und der konstruktive Dialog zwischen Kommunen, Land, Wirtschaft und Gewerkschaften ist bundesweit beispielgebend. Besonders hervorzuheben sind etwa die Task Force Mobilfunk NRW, die Gigabitförderung oder die Förderung von Koordinatoren durch das Land, die auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte den Ausbau der digitalen Infrastruktur unterstützen. Digitale Infrastrukturen sind kritische, unverzichtbare und grundlegende Infrastrukturen. Sicherheit und Resilienz sind daher entscheidende Bausteine, die bei Planung, Bau und Betrieb Berücksichtigung finden müssen. Die Industrie muss sich als Anwenderin hierauf verlassen können.

Glasfaser

Glasfasernetze sind eine wichtige Säule der digitalen Infrastruktur. Sie sind Grundvoraussetzung für das Gelingen der digitalen Transformation und tragen damit erheblich zum Klimaschutz bei. Die Nutzung dieser Technologie bietet direktes Energieeinsparpotential im Vergleich zur Bestandsinfrastruktur (DSL und HFC). Indirekt lassen sich mittels Glasfaser z.B. Optimierungen bei der Logistik und zur Energie- und Wärmewende (Smart City/Smart Region) realisieren. Für Industrie und Wirtschaft sind Glasfasernetze eine wichtige Basis für digitale

Geschäftsmodelle oder Daten-Ökosysteme wie Manufacturing X. Der **Ausbau von Glasfasernetzen** erfolgt in Deutschland grundsätzlich marktbasierend. Über 90 Prozent der Glasfaseranschlüsse in Nordrhein-Westfalen werden privatwirtschaftlich gelegt. Es ist zu begrüßen, dass die Branche bis 2025 deutschlandweit 50 Mrd. Euro investieren und in Nordrhein-Westfalen Projekte in fast jeder Kommune umsetzen will. Das Land schafft dafür geeignete Rahmenbedingungen, insbesondere durch Vernetzung der relevanten Akteure und Angebote für schnelle und digitale Genehmigungsverfahren.

Mobilfunk

Um das Ziel, im Lauf des Jahrzehnts eine möglichst flächendeckende Versorgung mit 5G-Mobilfunk – als Anforderung unserer Zeit und Voraussetzung für viele innovative Anwendungen, z. B. im medizinischen Umfeld – zu erreichen, wird in der Task Force Mobilfunk.NRW daran gearbeitet, möglichst gute Rahmenbedingungen für den eigenwirtschaftlichen Ausbau zu schaffen. Die **Verbesserungen der Rahmenbedingungen** treibt das Land dort gemeinsam mit Mobilfunknetzbetreibern, Funkmastgesellschaften und kommunalen Spitzenverbänden gezielt voran. Hinzu kommt die Unterstützung des Ausbaus vor Ort durch Förderung einer Koordinationsstelle auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte. Die Koordinierenden agieren als Vermittler zwischen den Beteiligten vor Ort und tragen so zur Vereinfachung der Abläufe und Beschleunigung der Verfahren bei. Dort, wo der eigenwirtschaftlich getriebene Mobilfunkausbau und wirksame Unterstützung vor Ort zusammenkommen, geht es bei der Mobilfunkversorgung schneller voran. Die Versorgungsaufgaben der Bundesnetzagentur im Rahmen der Frequenzuteilungen bleiben der wichtigste Hebel sowohl für die Schließung noch verbliebener grauer und weißer Flecken, als auch für eine verlässliche flächendeckende Versorgung insgesamt.

Mit dem Innovationswettbewerb „NEXT.IN.NRW – Innovative Ideen, Dienstleistungen und Produkte aus Kultur, Medien, Kreativwirtschaft, KI und IKT“ unterstützt die Landesregierung die nordrhein-westfälische Wirtschaft und Wissenschaft dabei, wettbewerbsfähige Innovationen – auch im Bereich 5G- und 6G-Mobilfunk – in Verbundprojekten zu entwickeln und zu pilotieren.

Ausblick

Ein ganzheitlicher Blick auf den Ausbau digitaler Infrastruktur ist von besonderer Bedeutung, da es große Schnittmengen beim Festnetz- und Mobilfunkausbau gibt. Er ermöglicht u. a. Ansatzpunkte zu identifizieren, um Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter zu beschleunigen. Zudem nehmen Rechenzentren einen immer wichtigeren Stellenwert als Teil der digitalen Infrastruktur ein. Die Zusammenführung dieser Themenfelder in der „Koordination Digitale Infrastruktur“ macht die Unterstützung des Ausbaus vor Ort zukunftsfähig. Eine gemeinsame Betrachtung mit den für den Verteilnetzausbau im Energienetz notwendigen Tiefbaumaßnahmen auf kommunaler Ebene könnte weiteres Potenzial haben. Ein neues „Kompetenzzentrum Digitale Infrastruktur“ soll ab 2025 als zentrale Kompetenz- und Servicestelle in NRW eingerichtet werden, die den eigenwirtschaftlichen Ausbau digitaler Infrastrukturen begleitet und die Aktivitäten der Branche und des öffentlichen Sektors wirksam befördert. Digitale Infrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für die künftige Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts NRW. Damit legt die Landesregierung den Grundstein für eine gelingende digitale Transformation, für die sich die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs gemeinsam einsetzen.

Die Landesregierung verfolgt daher insbesondere die folgenden Ziele und Maßnahmen und wird durch die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs als Akteure in den verschiedenen Bereichen unterstützt:

- Den flächendeckenden Ausbau und die Instandhaltung modernster, digitaler Infrastrukturen wie Glasfasernetze, 5G-Netze und leistungsfähigen Rechenzentren.
- Die Berücksichtigung von Sicherheit und Resilienz bei Planung, Bau und Betrieb von digitaler Infrastruktur.
- Die Verbesserungen der Rahmenbedingungen und Verfahren für den Festnetz- und Mobilfunkausbau.

f) Schlüsselthema Flächenentwicklung

Wirtschaftsflächen – Brachflächen revitalisieren: Flächensparsamkeit und Industriepolitik verbinden

Nordrhein-Westfalen ist das dichtest besiedelte Bundesland in Deutschland und hat mit seiner unterschiedlichen Gestaltung durch die Ballungszentren an Rhein und Ruhr sowie den ländlichen Regionen in Ost- und Südwestfalen, in der Eifel, am Niederrhein und im Münsterland auch ganz unterschiedliche Anforderungen an den Raum. Die Bereitstellung von Wirtschaftsflächen ist ein Jobmotor und ein notwendiger Faktor für die gelingende Transformation des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen und für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. In den Kommunen stehen marktfähige gewerblich-industrielle Flächenpotentiale nur noch in einem engen Rahmen zur Verfügung.

Die Planung und Entwicklung von Wirtschaftsflächen kann in Flächenkonkurrenz zu anderen Nutzungen stehen. Ansiedlungsinitiativen und teils auch die Transformation der Unternehmen sind jedoch an Flächenverfügbarkeit geknüpft. Die **Revitalisierung und Nutzung von Brachflächen** und eine an die Erfordernisse der Wirtschaft angepasste Flächenentwicklung leisten einen wichtigen Beitrag, um auch im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen diese Barriere aufzulösen – sei es für die Neuansiedlungen als auch für Erweiterungen von Unternehmen sowie für die Transformationsprozesse in bestehenden Unternehmen. Besonders wichtig ist dabei der **sparsame Umgang mit Flächen**. Hierzu gehört auch, dass Unternehmen flächenschonend bauen und **Nachverdichtungspotenziale** genutzt werden. Genauso gehört aber auch dazu, bestehende Möglichkeiten eines flächensparenden Ausgleichs dieser Maßnahmen mitzudenken. Die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs setzen sich dafür ein, die Bedürfnisse der Unternehmen mit den Zielen der Flächensparsamkeit sinnvoll zu verbinden. Die Attraktivität einer Fläche ergibt sich aus dem Zusammenspiel der verschiedenen Standortfaktoren mit der Infrastruktur.

Wirtschaftsflächenpotenziale bedarfsgerecht und gleichzeitig flächensparend bereitstellen

Über die Landes- und Regionalplanung werden in Nordrhein-Westfalen für einen Planungszeitraum von 20 bis 25 Jahren Wirtschaftsflächenpotenziale planerisch gesichert. Das Ergebnis ist ein ausdifferenziertes Angebot von Wirtschaftsflächen – von den vier im Landesentwicklungsplan selbst gesicherten Großflächen mit Flächengrößen zwischen 200 und 300 Hektar, über in den Regionalplänen für besonders regionalbedeutsame Industrievorhaben planungsrechtlich gesicherten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen, bis hin zu den ebenfalls in den Regionalplänen gesicherten, eher lokal bedeutsamen Bereichen für Gewerbe, Industrie, aber auch wohnverträglichen gewerblichen Nutzungen. Die z.T. noch laufenden **Neuaufstellungen der Regionalpläne** in allen Planungsregionen sind von großer Bedeutung. Mit der Neuaufstellung soll ein den aktuellen Rahmenbedingungen angepasstes Wirtschaftsflächenpotenzial zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt es zu nutzen, indem die entsprechenden Flächen bauleitplanerisch umgesetzt, infrastrukturell erschlossen und den Unternehmen in ausreichendem Maße planungs- und bebauungsreif zur Verfügung gestellt werden.

Mit der anstehenden **dritten Änderung des Landesentwicklungsplans** gilt es, die zukünftigen Flächenbedarfe insbesondere bei der Transformation der Wirtschaft, der heimischen Landwirtschaft, beim Wohnungsbau sowie dem Ausbau der Erneuerbaren Energien zu berücksichtigen und sie in Einklang zu bringen mit ausreichend Flächen für die Naherholung der Bevölkerung sowie Schutz und Entfaltung der Natur. Das Land Nordrhein-Westfalen wird sich weiterhin für eine größere Transparenz hinsichtlich der einzelnen Arten der Flächeninanspruchnahmen (Gewerbe, Windenergie, Freiflächen-Solarenergie etc.) einsetzen. Gemeinsam werden wir, die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs, uns dafür einsetzen, dass die erforderlichen Flächenansprüche von Wirtschaft und Energie nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Förderangebote für die Entwicklung von Wirtschaftsflächen

Die Förderung von Wirtschaftsflächen ist ein zentrales Instrument des Wirtschaftsministeriums, mit dem die Landesregierung den **Strukturwandel** in Nordrhein-Westfalen gestaltet. Attraktive Wirtschaftsflächen mit hoher Standortqualität sind essentiell für die Ansiedlung von neuen, auch internationalen Unternehmen und die Entwicklung bestehender Unternehmen am Standort. Das Prinzip und der Leitgedanke der Flächensparsamkeit ist grundlegend für die Förderung von Wirtschaftsflächen in Nordrhein-Westfalen. Bei der Entwicklung von Wirtschaftsflächen werden die Kommunen durch ein **umfangreiches Förderangebot** unterstützt, das die Förderung von vorbereitenden Planungs- und Projektmanagementkosten und Maßnahmen zur Baureifmachung von Wirtschaftsflächen umfasst. Die Förderung kann die nachhaltige und ökologische Instandsetzung von Wirtschaftsflächen beschleunigen, Flächenpotentiale heben und die Kommunen bei der Revitalisierung entlasten. Dies gilt in besonderer Weise für die Nachfolgenutzung von altindustriellen und untergenutzten Brachflächen. Das **Regionale Wirtschaftsförderungsprogramm** mit Fördermitteln aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ist ein wesentlicher Baustein, um die Erschließung, den Ausbau oder die Revitalisierung von Wirtschaftsflächen in strukturschwachen Regionen zu fördern. Die Förderzugänge der GRW für Wirtschaftsflächen werden vom Just Transition Fund (JTF) im nördlichen Ruhrgebiet sowie den Flächenentwicklungen im 5-StandorteProgramm und im Rheinischen Revier über das Strukturstärkungsgesetz bzw. Investitionsgesetz Kohleregionen ergänzt. Zugleich unterstützt die Landesregierung im Rheinischen Revier und über das 5-StandorteProgramm innerhalb von Projekten auch anteilig den Erwerb von Wirtschaftsflächen.

Attraktive Flächen für Investitionen

Die Landesgesellschaft NRW.Global Business verfolgt innovative Vermarktungsansätze und forciert die gezielte Ansprache von potentiell interessierten Unternehmen. Die Gesellschaft platziert Flächen bei Unternehmen als Multiplikatorplattformen und spricht Unternehmen mit Investitionsabsichten in den Zielländern direkt an, um diese für den Wirtschaftsstandort NRW zu gewinnen. Zudem bearbeitet NRW.Global Business direkte Anfragen internationaler Consultants und der Germany Trade and Invest (GTAI). Dabei agiert **NRW.Global Business** als One-Stop-Agency und arbeitet partnerschaftlich mit der regionalen und kommunalen Ebene zusammen.

Flächenentwicklung verstärkt an Bedürfnissen der Unternehmen ausrichten

Die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs setzen sich dafür ein, die Flächenentwicklung an den Bedürfnissen der Unternehmen auszurichten und mit Blick auf die Erfordernisse der Transformation weiterzuentwickeln. Ziel ist es, in Nordrhein-Westfalen die Wirtschaftsflächenpotentiale für eine erfolgreiche Vermarktung an Unternehmen mittel- und langfristig zielgerichtet zu heben. Dies umfasst in besonderer Weise auch, das Wiedernutzungspotential von industriellen/gewerblichen Brachflächen als Schlüsselressource stärker in den Fokus zu nehmen und diese Standorte durch eine attraktive Nachnutzung als Pilotprojekte, etwa für Industrieansiedlungen, zu entwickeln.

Die Landesregierung verfolgt daher insbesondere die folgenden Ziele und Maßnahmen und wird durch die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs als Akteure in den verschiedenen Bereichen unterstützt:

- Die Wirtschaftsflächen in Neuaufstellungen der Regionalpläne und der dritten Änderung des Landesentwicklungsplans bedarfsgerecht und flächensparend mitdenken.
- Die Revitalisierung von Brachflächen und die Nutzung von Nachverdichtungspotenzialen bei der Neuansiedlung und der Erweiterung von Unternehmen.
- Die Gestaltung des Strukturwandels durch ein umfangreiches Förderangebot und regionale Wirtschaftsförderungsprogramme zur Erschließung, Ausbau und ökologischer Instandsetzung von Wirtschaftsflächen.

4. Querschnittsthemen

a) Fachkräftesicherung

Arbeits- und Fachkräfte für eine Industrie im Wandel

Für die Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen braucht es Arbeits- und Fachkräfte mit vielfältigen Qualifikationen und Kompetenzen. Dabei stellt der demografische Wandel die Wirtschaft vor besonders große Herausforderungen:

Bis 2040 werden von derzeit rund 7,3 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen rund 2,6 Mio. sogenannte „Babyboomer“ in Rente oder Pension gehen, davon fast eine halbe Million in der Industrie. Das ist mehr als jeder dritte aller Industriebeschäftigten, weil die Belegschaften in Industriebetrieben im Schnitt älter sind als in anderen Wirtschaftszeigen.

Um die Industrie und Wirtschaft Nordrhein-Westfalens trotz dieser Herausforderung zukunftsfest aufzustellen, arbeiten die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs eng zusammen. Es braucht gezielte Maßnahmen, mit denen das in- und ausländische Arbeitskräftepotential gehoben werden kann. Um die Fachkräftebedarfe der einzelnen Branchen und entsprechende Antworten zu bestimmen, stehen das MAGS sowie das MWIKE und die Branchenvertreter in einem kontinuierlichen Austausch. Darüber hinaus können Automatisierung und Digitalisierung Beschäftigte entlasten und gerade in der Industrie den Fachkräftemangel lindern und zugleich die Produktivität und damit das Entlohnungspotenzial erhöhen. Letzteres trägt dazu bei, auch in Zukunft Fachkräfte für die Industrie gewinnen zu können.

Die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs wollen NRW als Industrieland erhalten und weiterentwickeln. Der Wandel der Industrie zeigt mehr und mehr, dass die industrielle Fertigung und der Sektorservice keine Gegensätze sind, sondern notwendig aufeinander aufbauen. Forschung, Verwaltung und verschiedene Sektorservicesleistungen sind eng mit der Industrie verbunden. Diese Abhängigkeiten werden in Zukunft sogar wachsen. Unser gemeinsames Handeln zielt deshalb darauf ab, die gesamte industrielle Wertschöpfungskette zu stärken.

Um diesen Veränderungen und Herausforderungen wirksam zu begegnen, hat die Landesregierung die Fachkräfteoffensive auf den Weg gebracht. Denn wir können Nordrhein-Westfalens Zukunft nur durch eine hohe Zahl gut ausgebildeter Fachkräfte nachhaltig stärken.

Weiterbildung in der Transformation

Industrieller Wandel heißt auch, dass sich die Geschäftsmodelle einzelner Industriezweige permanent verändern. Diese Veränderung der Industrie heißt nicht, dass bisherige Kenntnisse und Fähigkeiten obsolet werden, stattdessen müssen wir unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Weiterbildungen auf diese Transformationsprozesse vorbereiten. Auch der rasche Wandel beruflicher Anforderungsprofile lässt die Bedeutung von höherqualifizierender Berufsbildung und lebenslangem Lernen am Industriestandort Nordrhein-Westfalen wachsen.

Ein Mittel dazu ist, die Vermittlung digitaler Kenntnisse und Tools entsprechend früh in der Bildungskette zu beginnen und im Arbeitsleben kontinuierlich fortzuführen.

Wir wollen Unterstützungsmöglichkeiten stärken, die dem gestiegenen Mitbestimmungsbedürfnis der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen im Kontext der Transformation gerecht werden.

Fachkräftebedarfe unterscheiden sich zwischen Branchen und sollten spezifisch adressiert werden. Die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs identifizieren in ihren Bereichen langfristige Bedarfe und führen darauf abgestimmte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch.

Um das Ziel der klimaneutralen Wirtschaft im Jahr 2045 zu erreichen, legen die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs einen Schwerpunkt darauf, Fachkräfte für die so genannten Transformationsberufe zu gewinnen – z.B. Heizungs-, Sanitär-, Klima- und Energieanlagentechnikerinnen und -techniker. Auch durch Weiterbildung können hier Fachkräfte gewonnen werden. Wichtiger Partner der Weiterbildung sind die Betriebsrätinnen und -räte, die verstärkt einbezogen werden, um die Beschäftigten in der Transformation mitzunehmen und attraktive Weiterbildungsangebote zu gewährleisten. Nordrhein-Westfalen hat bereits eine weite und diverse Weiterbildungslandschaft, deren verschiedene Angebote in Zukunft noch stärker kommuniziert werden, damit sie besser nutzbar sind. Das Land fördert zudem Weiterbildungen, um möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, sich auf den Wandel unserer Wirtschaft vorzubereiten.

Die berufliche Ausbildung als Grundpfeiler der Fachkräftegewinnung

Um die Herausforderungen der wirtschaftlichen Transformation zu meistern, ist unsere Industrie auf Jugendliche angewiesen. Eine zentrale Aufgabe besteht darin, jungen Menschen, die Sinnhaftigkeit in ihrer Arbeit suchen, die Chancen aufzuzeigen, die ein Berufsweg in der Industrie bietet. Die Transformation zu einer klimaneutralen Industrie wird neue Berufsbilder hervorbringen und jungen Menschen die Chance eröffnen, diese aktiv mitzugestalten.⁸ Darüber hinaus bietet eine Berufsausbildung in der Industrie den jungen Menschen die Perspektive auf einen vergleichsweise sicheren und gut bezahlten Arbeitsplatz.

Die Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) unterstützt Jugendliche dabei in einer komplexer werdenden Arbeitswelt einen optimalen Start in die Ausbildung zu finden. KAoA wird im Rahmen des Ausbildungskonsenses unter der Federführung des MAGS kontinuierlich verbessert, um dieses Ziel zu erreichen. Das MWIKE begleitet die Arbeit des KAoA-Steuerungsgremiums konstruktiv, um den Anliegen der Wirtschaft Gehör zu verschaffen.

Wir dürfen keinen Jugendlichen mehr zurücklassen. Zur Erreichung dieses Ziels setzen wir verstärkt auf individuelle Beratung. Deshalb fördert das Land flächendeckend Coaches und Übergangslotsen für ausbildungsinteressierte junge Menschen im Übergang in den Beruf und in den Bildungsgängen des Übergangssektors an den Berufskollegs. Hier ist auch die Initiative der Industriepartner gefragt.

Schon heute hat die Industrie einen starken Bedarf nach Arbeitskräften mit MINT-Fähigkeiten. Die digitale Transformation der Industrie wird diese Bedarfe noch steigern. Es gibt bereits zahlreiche Kooperationen zwischen privaten Firmen und Forschungseinrichtungen auf der einen Seite und Schulen auf der anderen, die sich zum Ziel

⁸ Laut IAB lag die Zahl der neuen Auszubildenden für Berufe mit umwelt- oder klimafreundlichen Tätigkeitsinhalten, den sogenannten Green Skills, im Jahr 2021 um rund 14 Prozent höher als noch 2013. (IAB-Kurzbericht 19/2023).

gesetzt haben, den Schülerinnen und Schüler MINT-Kenntnisse praxisnah zu vermitteln. Diese Kooperationen müssen weiter gestärkt und in die Breite getragen werden.

Die beruflichen Möglichkeiten für Jugendliche sind vielfältig geworden. Die berufliche Ausbildung bleibt eine wichtige Option für die Jugendlichen. Das große Potenzial der beruflichen Bildung aufzuzeigen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Unternehmen in NRW heißt das u.a., attraktive Arbeitsplätze und Praktika bereitzustellen. Die Landesregierung setzt sich aktiv dafür ein, mehr Jugendliche für eine berufliche Ausbildung zu begeistern, unter anderem mit Projekten wie den Ausbildungsbotschafterinnen und Ausbildungsbotschaftern. Durch Teilqualifizierungen erhalten Menschen die Möglichkeit, sich gezielt auf neue Aufgaben vorzubereiten und einen Berufsabschluss nachzuholen.

Ausländische Potenziale anziehen

Betriebe und Unternehmen benötigen dringend ausländische Arbeits- und Fachkräfte. Um sie in der Gewinnung ausländischer Fachkräftepotenziale zu unterstützen, plant die Landesregierung im Rahmen der Fachkräfteoffensive (FKO NRW) den Aufbau eines Beratungs- und Unterstützungsangebots für nordrhein-westfälische Arbeitgeber zur Personalgewinnung im Ausland und zur Etablierung einer Willkommenskultur in den Betrieben. Ziel ist es, NRW-Unternehmen eine zentrale Ansprechperson an die Seite zu stellen, die dazu berät, wie Fachkräftegewinnung im Ausland funktioniert und die aufzeigt, wie gesellschaftliche und betriebliche Integration gelingt. Die Landesregierung will damit erreichen, dass die Verfahren der Fachkräfteinwanderung bekannter werden und dass Personalgewinnung im Ausland besser gelingt. Daneben werden im Rahmen von Pilotprojekten Kooperationswege zwischen nordrhein-westfälischen Unternehmen und ausländischen Partnern erprobt.

Damit Nordrhein-Westfalen in einer globalen Konkurrenzsituation für ausländische Fachkräfte attraktiv ist und Anwerbung nachhaltig gelingt, müssen viele Stakeholder kooperieren. Die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs arbeiten an einer gelebten Willkommenskultur, damit ausländische Fachkräfte nach Nordrhein-Westfalen kommen – und bleiben.

Willkommenskultur heißt auch, dass unterschiedliche Förderbedarfe akzeptiert und unterstützt werden müssen. Förderung muss am Individuum ansetzen. Das ist am ehesten auf Betriebsebene möglich, wo die ausländische Fachkraft mit den Kolleginnen und Kollegen in direkten Kontakt kommt. Darum werben wir für das Prinzip des „Learning on the Job“. Berufsbegleitende Sprachkurse oder Beratungsangebote sollten als Unterstützung für die ausländischen Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Die Landesregierung engagiert sich zudem für eine Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und für mehr Anerkennungsverfahren im Bereich nicht-reglementierter Berufe. Menschen mit im Ausland erworbenen formalen Qualifikationen sollen ermutigt werden, den Weg der Berufsankennung oder möglicher Alternativen (z.B. der Externenprüfungen) zu verfolgen. Die Berücksichtigung informell erworbener Qualifikationen und Kompetenzen ist ebenfalls ein wertvoller Beitrag zur effizienten Allokation ausländischer Arbeitskräfte. Arbeitgeber sollen dafür gewonnen werden, diesen Prozess zu unterstützen und zu begleiten. Dies verhindert, dass Zugewanderte unter ihren Möglichkeiten bleiben und stärkt unsere Fachkräftebasis.

Das Grenz- und Industrieland Nordrhein-Westfalen profitiert wirtschaftlich vom europäischen Binnenmarkt. Die Dienstleistungsverkehrsfreiheit ist in der Praxis jedoch noch nicht vollends umgesetzt. Der Austausch von Dienstleistungen scheitert vielfach an Bürokratie und unterschiedlichen nationalen Regelungen. Eine Harmonisierung im EU-Dienstleistungsbereich kann den Fachkräftemangel in mehreren Branchen mildern. Die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs setzen sich daher für eine Weiterentwicklung des Binnenmarktes ein.

Inländische Potenziale verstärkt heben

Um alle inländischen Arbeitskräfte zu mobilisieren, müssen wir auch die noch nicht ausreichend mobilisierten Potenziale von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in den Blick nehmen. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland ist im internationalen Vergleich hoch – jedoch arbeitet weiterhin ein großer Teil der Frauen in Teilzeit. Um hier weiteres Arbeitskräftepotenzial zu heben, müssen die Rahmenbedingungen für Frauen am Arbeitsmarkt verbessert werden. Erwerbstätige Frauen leisteten 2022 acht Stunden mehr unbezahlte Arbeit als erwerbstätige Männer und ein größerer Teil der Sorgearbeit wird weiterhin von Frauen, auch neben einer Vollzeiterwerbstätigkeit, geleistet.

Neben der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Unternehmen – sei es durch flexiblere Arbeitszeiten und -modelle oder die Möglichkeit zum Homeoffice – setzt die Politik Anreize für eine Änderung von Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeit von Frauen. Wir begrüßen die Aktivitäten der Fachkräfteoffensive, u.a. um weiteres pädagogisches Personal für Kindertagesstätten zu gewinnen, indem beispielsweise die praxisintegrierte Ausbildung zur staatlich geprüften Kinderpflegerin und zum staatlich geprüften Kinderpfleger finanziell gefördert wird. Die Verbesserung der Kinderbetreuung geht die Landesregierung auch durch die Schaffung zusätzlicher ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschülerinnen und Grundschüler und insbesondere die qualitative Weiterentwicklung des offenen Ganztags an.

Da der Anteil von Frauen bei gewerblichen Existenzgründungen mit einem Drittel noch zu gering ist, wird das Land seine Unterstützung für selbständige Frauen mit Kindern intensivieren.

Eine oft übersehene Gruppe bilden ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch ihre Potenziale müssen erkannt, ihre Bedarfe ernst genommen und umgesetzt werden: Dazu gehören betriebliche Anreize wie Angebote im Bereich der Gesundheitsvorsorge, mehr Wertschätzung für Erfahrung und Loyalität, aber auch überbetriebliche Anreize wie erleichterte Weiterarbeitsangebote sowie Unterstützung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die länger arbeiten wollen. Eine zentrale Aufgabe zur Fachkräftesicherung bleibt es, betriebliche Arbeitsbedingungen so zu verbessern, dass Beschäftigte die Regelaltersgrenze gesund erreichen können. Die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern kann auch ein Beitrag zur Lösung des Fachkräftemangels sein. In NRW sind 53.000 Menschen mit einer Schwerbehinderung arbeitslos gemeldet, rund die Hälfte von ihnen hat eine abgeschlossene Ausbildung. Um dieses Potenzial für unsere Wirtschaft nicht zu verlieren hat die Landesregierung mit Partnern in der Wirtschaft und der Arbeitsverwaltung die Inklusionsinitiative geschlossen. Ziel ist es, durch bessere Kooperation und Koordination die Menschen mit Behinderung in Arbeit zu bringen.

Ausblick

Nur durch gezielte Investitionen in berufliche Aus- und Weiterbildung, in Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, durch verstärkte Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte bei gleichzeitig leichter Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen sowie der Aktivierung weiterer inländischer Fach- und Arbeitskräftepotenziale kann unser Industriestandort in Nordrhein-Westfalen und unser Wohlstand gesichert werden. Investitionen in Forschung und Entwicklung sind essentiell, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts zu sichern. Es ist ein gemeinsames Anliegen der Landesregierung und der Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und zukunftsfähig zu gestalten.

In Zeiten der Transformation orientieren sich die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs dabei insbesondere am Leitbild der „Nachhaltigen Arbeit“ des Rates der Arbeitswelt, dazu gehören bspw.: Faire Entlohnung, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und Partizipation. Das ist auch angesichts der für die Fachkräftesicherung und Produktivitätssteigerung so wichtigen beschleunigten Digitalisierung, dem verstärkten Einsatz von Robotik und sonstiger Automatisierungstechnik sowie künstliche Intelligenz bzw. maschinelles Lernen wichtig.

Die digitale Transformation macht Arbeitsabläufe effizienter und einfache Tätigkeiten können übernommen werden. Arbeitsbedingungen können so verbessert, Qualifizierung und Weiterbildung damit attraktiver gemacht werden. Der Einsatz digitaler Assistenzsysteme kann darüber hinaus mehr Menschen (z.B. mit einer Behinderung) eine Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen. So tragen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz nicht nur dazu bei, ungenutzte Fachkräftepotenziale zu heben, sondern auch Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit zu sichern und Arbeitsplätze attraktiv zu halten.

Insgesamt bedürfen Fachkräftegewinnung und -sicherung in Zeiten des wirtschaftlichen Wandels auch einer sozialverträglichen Flankierung der Transformation für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen. Ein Baustein hierzu ist die Stärkung der Tarifbindung, für die sich die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs gemeinsam einsetzen.

Die Landesregierung verfolgt daher insbesondere die folgenden Ziele und Maßnahmen und wird durch die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs als Akteure in den verschiedenen Bereichen unterstützt:

- Die Gewinnung von Fachkräften in sogenannten Transformationsberufen.
- Information von jungen Menschen über die guten Berufschancen in Ausbildungsbereichen in der Industrie, insbesondere im MINT-Bereich.
- Eine noch stärkere Anwerbung ausländischer Fachkräfte, u.a. durch die Förderung einer gelebten Willkommenskultur.
- Eine bessere Nutzung inländischer Fachkräftepotenziale u.a. durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, bessere Gesundheitsangebote und eine stärkere Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt.
- Gesteigertem Mitbestimmungsbedürfnis der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen im Kontext der Transformation gerecht werden.

b) Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und Bürokratieabbau

Beschleunigung von Genehmigungs- und Planungsverfahren und Bürokratieabbau für eine zügige Gestaltung der Transformation

Einfache, schnelle und rechtssichere Planungs- und Genehmigungsverfahren sind essentiell für die zukünftige Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Industrie und das Gelingen der doppelten Transformation. Die Landesregierung hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Bürokratie soll auf das erforderliche Maß reduziert werden und Handlungsfähigkeit im Wandel sichern. Schlanke, einfache und digitale Verfahren sowie eine Behördenkultur, die darauf ausgerichtet ist, innovative Entwicklungen in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen, sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass unternehmerische Investitionen getätigt und das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial von Nordrhein-Westfalen genutzt werden kann. So gestalten wir die Zukunft unseres Industriestandorts proaktiv.

Um dieses ambitionierte Ziel umzusetzen, setzen wir uns gemeinsam als Landesregierung und als Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs dafür ein, Verfahren zu optimieren, Beschleunigungseffekte zu realisieren, vermeidbare Bürokratielasten zu identifizieren und Berichtspflichten zu reduzieren. Umfassende Beschleunigungspotenziale und Bürokratieentlastung lassen sich nicht einseitig in Paragraphen identifizieren, sondern erfordern die Einbindung der Anwendendenperspektive – immer nach dem Credo: Ermöglichen statt verhindern. Mit der Durchführung von Praxis-Checks soll die Anwendendenperspektive der Industrie in einer ganzheitlichen Prozessanalyse zu dringlichen Anwendungsfällen berücksichtigt werden. In Workshops wird ein konkreter Anwendungsfall mit Praktikerinnen und Praktikern aus Unternehmen und Behörden auf seine Praxistauglichkeit überprüft und Beschleunigungs- sowie Entlastungspotenziale systematisch identifiziert, statt einzelne Verfahrenselemente isoliert zu reformieren.

Genehmigungs- und Planungsverfahren beschleunigen

Ein Großteil des Beschleunigungspotenzials lässt sich auf Bundesebene realisieren. Es gilt daher, sich intensiv in kollaborative Initiativen mit dem Bund und in Novellierungsprozesse von Bundesgesetzen einzubringen. Die Novelle des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) ist für die Landesregierung ein wichtiger Schritt, um Beschleunigungspotenziale zu heben. Weitere Schritte in der Bundesgesetzgebung müssen nun folgen. Zudem wird die Landesregierung den Bund-Länder-Pakt konsequent umsetzen, um die Potenziale für die Entlastung und Beschleunigung im Sinne der Wirtschaft vollumfänglich auszunutzen. Beispielsweise wurde das Widerspruchsverfahren bei immissionsschutzrechtlichen Verfahren abgeschafft. Die Landesregierung wird sich auch weiterhin unter der Wahrung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Ziele der Nachhaltigkeit und der Rechte von Beschäftigten für die 1:1-Umsetzung von Europarecht einsetzen, beispielsweise bei der Umsetzung der neuen Industrieemissionsrichtlinie. Denn der nordrhein-westfälischen Wirtschaft dürfen im internationalen Wettbewerb keine zusätzlichen Belastungen aufgebürdet werden.

Auch im Landesrecht treibt die Landesregierung die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren voran. Wichtige Beschleunigungsmaßnahmen wurden

beispielsweise mit der Novelle des Landesplanungsgesetzes auf den Weg gebracht. Unter anderem sorgt hier die Einführung von Fristen für Zielabweichungsverfahren dazu, dass Entscheidungen künftig binnen zwei Monaten zu treffen sind. Die Landesregierung weiß um die herausragende Bedeutung einer schnellen und effizienten Umsetzung von Infrastrukturprojekten für Wirtschaft und Gesellschaft. Sie setzt sich daher für die Beschleunigung von Planungsverfahren bei Verkehrsträgern, digitaler und Energie-Infrastruktur sowie Pipelines ein. Gerade im Transformationskontext ist eine verlässliche und schnelle Projektumsetzung entscheidend für die Investitionssicherheit und die sichere Versorgung der Industrie.

Auf EU-Ebene wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass die Europäische Kommission ihre politische Leitlinie in der neuen Amtsperiode konsequent umsetzt und dabei unternehmerische Tätigkeit in Europa durch Bürokratieabbau, Regulierungsvereinfachung und schnellere Genehmigungsprozesse vereinfacht.

Die Industrie ist Partnerin in der Mission, Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. In der Rolle der Antragsstellenden wird sie durch die Einreichung vollständiger Antragsunterlagen, das Vermeiden von Umplanungen in laufenden Genehmigungsverfahren und eine schnellstmögliche Ergänzung fehlender Unterlagen zur zügigen Umsetzung der Verfahren beitragen.

Durch qualifiziertes Personal in den Genehmigungsbehörden und digitale Lösungen können Verfahren beschleunigt werden. Hierzu hat die Landesregierung bereits zusätzliche Stellen in den Bezirksregierungen geschaffen und treibt die Digitalisierung von Verfahren voran.

Digitalisierung ermöglicht Beschleunigung

Digitalisierung wird bei uns als zentraler Baustein der Beschleunigung und Effizienzsteigerungen von Verwaltungsverfahren großgeschrieben. Die nutzerfreundliche Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsprozessen soll konsequent von Verfahrensbeginn bis -ende vorangetrieben werden, um den Zeit- und Ressourcenaufwand für Wirtschaft und Verwaltung deutlich zu verringern. Dies umfasst u. a. die digitale Auslage, den digitalen Erörterungstermin sowie digitale Kollaborationsplattformen für die effiziente Zusammenarbeit zwischen Behörden und Antragstellenden. Das WSP.NRW als zentrales digitales Zugangstor für Wirtschaft und Verwaltung in NRW baut die Landesregierung stetig aus und überträgt die guten Erfahrungen auf andere Verwaltungsverfahren. Beschleunigungspotenziale sollen auch durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) realisiert werden und Genehmigungsbehörden entlasten. Dabei wird dem Wunsch der Wirtschaft nach Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowohl bei der digitalen Auslage als auch beim Einsatz von KI Rechnung getragen.

Unnötige Bürokratie spürbar abbauen

Rechtssichere und nachvollziehbare Verwaltungsverfahren sowie die Einhaltung gesetzlich vorgeschriebener Schutzstandards erfordern ein hinreichendes Maß an staatlichen Vorgaben. Gleichzeitig verursachen staatliche Anforderungen Kosten für die Wirtschaft. Es ist das feste Ziel der Landesregierung, vermeidbare Kosten für die Wirtschaft einzusparen, unverhältnismäßige Regulierung zurückzuführen und, wo dies möglich ist, eine ganzheitliche Entbürokratisierung und Reduzierung von Berichtspflichten zu erreichen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sollten von

übermäßigen Dokumentations-, Berichts-, Melde- und Nachweispflichten entlastet werden.

Der systematische Abbau von Bürokratie ist eine Dauer- und Querschnittsaufgabe, die sämtliche Politikbereiche betrifft. Wichtige, grundsätzliche Maßnahmen dazu sind die Optimierung von Regierungs- und Verwaltungsprozessen sowie die Modernisierung der Verwaltung und ihrer Arbeitsweise. Die Landesregierung wird den (auch von der Clearingstelle Mittelstand begrüßten) Grundsatz „One in – one out“ konsequent anwenden und den Anstieg der Belastungen für die Wirtschaft dauerhaft stoppen. Die Clearingstelle Mittelstand leistet mit der Durchführung von Clearingverfahren bei unseren Bestrebungen zum Abbau und zur Vermeidung von überbordender Bürokratie einen wertvollen Beitrag. Als Landesregierung stärken wir die Clearingstelle Mittelstand, damit sich diese künftig noch stärker für mittelstandsfreundlichere Rahmenbedingungen einsetzen kann, beispielsweise durch eine Verstärkung der Durchführung von Werkstattgesprächen mit mittelständischen Unternehmen zu ausgewählten Themen mit besonderer Relevanz für den Mittelstand.

Die Landesregierung verfolgt daher insbesondere die folgenden Ziele und Maßnahmen und wird durch die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs als Akteure in den verschiedenen Bereichen unterstützt:

- Eine ganzheitliche Entbürokratisierung.
- Schlanke und effiziente Verfahren, beispielsweise durch Verfahrensdigitalisierung und Beschleunigung.
- Einen weiteren Ausbau des WSP.NRW als zentrales digitales Zugangstor für Wirtschaft und Verwaltung in NRW durch die Landesregierung.
- Die Modernisierung und Digitalisierung der Förderverfahren.

5. Ausblick

Die Zukunft unserer Industrie wird wesentlich davon abhängen, dass die in den vorangegangenen Kapiteln beschriebenen Herausforderungen bewältigt und die vorhandenen Chancen genutzt werden. Wir, die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs, bekräftigen ausdrücklich das Ziel, die wirtschaftliche Stärke Nordrhein-Westfalens in die Zukunft zu führen, Wertschöpfung und industrielle Netzwerke zu erhalten und auszubauen und dabei die erste klimaneutrale Industrieregion in Europa zu werden.

Deshalb werden wir uns als Akteure in den verschiedenen Bereichen dafür einsetzen:

- die Versorgung mit wettbewerbsfähiger Energie sicherzustellen;
- die Investitionen für den Ausbau der nachhaltigen Infrastruktur, Forschung und Entwicklung und nachhaltige Produktion zu erhöhen;
- leistungsstarke und neue Unternehmen rund um die industriellen Wertschöpfungsnetzwerke zu etablieren;
- die Beschäftigtenpotentiale für Industrie und industrienahen Dienstleistungen heben und weiter zu qualifizieren;
- Entscheidungs- und Genehmigungsstrukturen zu schaffen, die sowohl sachgerecht als auch dynamisch sind.

Entlang dieser Prämissen haben die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs in den vergangenen zwei Jahren Erklärungen zu den sechs Schlüsselthemen erarbeitet. Diese Erklärungen bilden die Grundlagen für die vorliegende Weiterentwicklung des Industriepolitischen Leitbilds des Landes Nordrhein-Westfalen. Dabei haben wir intensive, in Teilen kontroverse, vor allem aber stets konstruktive Diskussionen zu den Herausforderungen, aber auch den Chancen des Industriestandorts Nordrhein-Westfalens geführt. Daraus abgeleitet setzen wir uns für die Weiterentwicklung und zukunftsfähige Gestaltung des Industriestandorts in entscheidenden Schlüsselthemen ein:

- Investitionen: Um höhere private Investitionen am Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten, ist ein vorhersehbares, kohärentes, und vor allem einfacheres Regelungsumfeld grundlegend. Es gilt, die Rahmenbedingungen für Investitionen der Industrie in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich zu verbessern, u. a. durch Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen.

- Innovationen: Die Entwicklung der erforderlichen technologischen Lösungen, einschließlich des Einsatzes von künstlicher Intelligenz, sowie deren Überführung in innovative Produkte, und Herstellungsverfahren und anschließend tragfähige Geschäftsmodelle sind ebenfalls ein wichtiger Schlüssel zur Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Von großer Bedeutung ist die enge, anwendungsorientierte Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden und Wissenschaft. Außerdem werden gute steuerliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Forschung und Entwicklung benötigt, ebenso eine weiterhin starke Forschungslandschaft und auch weiterhin Förderprogramme, die den Transfer von Wissenschaft in Unternehmen begünstigen.

- Zirkuläre Wertschöpfung: Damit die zirkuläre Wertschöpfung greift, wird der gesamte Produktlebenszyklus berücksichtigt. Produkte werden bereits im Design so konzipiert, dass sie über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg ressourcenschonend sind und zirkuläre Prinzipien erfüllen. Der digitale Produktpass wird dabei eine zentrale Rolle spielen müssen, indem er die lückenlose Verfolgung von Materialien und Rohstoffen

ermöglicht und so neue Wege zur effizienten und nachhaltigen Gestaltung von Wertschöpfungsketten eröffnet. Um diese Transformation erfolgreich umzusetzen, braucht es klare regulatorische Rahmenbedingungen auf nationaler und EU-Ebene. Im Rahmen der Landeskreislaufwirtschaftsstrategie wird die Landesregierung die Felder benennen, in denen sie aktiv werden will, um den Weg zu einer zirkulären Wirtschaft zu unterstützen.

- Klima und Energie: Um die Industrie zu transformieren, müssen nordrhein-westfälischen Betriebe in der Lage sein, ihre Prozesse grundlegend zu verändern und auf erneuerbare Energie umzustellen. Die Basis für eine zukunftsfeste und wettbewerbsfähige Energieversorgung für die Industrie sind die Erneuerbaren Energien. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien muss daher weiter beschleunigt werden, sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch im Bund. Darüber hinaus ist die Sicherung der Verfügbarkeit von Grünem Wasserstoff über Vor-Ort-Elektrolyse und Importkapazitäten eine weitere zentrale Säule der Industrietransformation. Die Integration der Erneuerbaren Energien in ein versorgungssicheres und bezahlbares Energiesystem und der Einsatz von Grünem Wasserstoff wird durch einen zügigen Ausbau der Transport- und Speicherinfrastrukturen unterstützt. Hierzu wird die Landesregierung die Umsetzung der Energie- und Wärmestrategie NRW einem engen und regelmäßigen Monitoring unterziehen und bei Bedarf nachsteuern.

- Digitale Infrastruktur: Eine moderne, digitale Infrastruktur ist essenziell für wirtschaftliche Entwicklungsprozesse, sie ermöglicht sowohl neue Formen der Kooperation, Produkte und Geschäftsmodelle, als auch Beiträge zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz. Daher ist der Ausbau einer leistungsfähigen und sicheren digitalen Infrastruktur mit Glasfaser und 5G-Mobilfunk von besonderer Bedeutung für eine zukunftsfähige Industrie in NRW. Die enge Zusammenarbeit und der konstruktive Dialog zwischen Kommunen, Land, Wirtschaft und Gewerkschaften ist hierbei bundesweit beispielgebend. Besonders hervorzuheben sind etwa die Task Force Mobilfunk NRW, die Gigabitförderung oder die Förderung von Koordinatoren durch das Land, die auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte den Ausbau der digitalen Infrastruktur unterstützen.

- Flächenentwicklung: Die Bereitstellung von Wirtschaftsflächen ist ein Jobmotor und ein wichtiger Faktor für die Transformation. Eine nachhaltige Flächenentwicklung bedarf auch weiterhin der Ausrichtung an den Bedürfnissen der Unternehmen und einer entsprechenden Weiterentwicklung mit Blick auf die Erfordernisse der Transformation. Ein wichtiger Punkt hierbei ist die Revitalisierung von Brachflächen. Ziel ist es, in Nordrhein-Westfalen die Wirtschaftsflächenpotentiale für eine erfolgreiche Vermarktung an Unternehmen mittel- und langfristig zielgerichtet zu heben.

Unser Industriestandort wird nur bestehen und die Transformation kann nur gelingen, wenn dauerhaft genügend Fachkräfte vorhanden sind. Mit dem Ausscheiden der Babyboomer aus dem Arbeitsmarkt müssen massiv inländische Potentiale gehoben, ausländische Fachkräfte gewonnen, technologische Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung genutzt und attraktive Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Die Betriebsräte sollten bei der verstärkten Nutzung technologischer Möglichkeiten frühzeitig eingebunden werden, um die Transformation gemeinsam mit den Beschäftigten zu gestalten.

Gerade in Zeiten der Transformation sind uns Mitbestimmung, soziale Absicherung, faire Entlohnung und eine gesundheitsfördernde Arbeitsumgebung wichtig.

Ebenso sind einfache, schnelle und rechtssichere Planungs- und Genehmigungsverfahren essentiell für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Industrie und das Gelingen der doppelten Transformation. Es gilt, unnötige Bürokratie, abzubauen, Berichtspflichten zu reduzieren, und einfache und digitale Verfahren einzusetzen.

Gemeinsam stark für die Transformation

Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen hat sich auf den Weg gemacht.

Wir, die Landesregierung und die Partnerinnen und Partner des Zukunftsdialogs, wissen um den Spannungsbogen, dass gerade viele leistungsstarke Unternehmen unter großem Wettbewerbsdruck stehen, gleichzeitig aber die industriellen Wertschöpfungsnetzwerke an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden müssen. Gemeinsam richten wir den Blick nach vorne. Wir setzen uns dafür ein, das zu bewahren und weiterzuentwickeln, was auch in Zukunft Wertschöpfung und gute Arbeit bieten kann. Nordrhein-Westfalen muss da stärker werden, wo Chancen liegen, neue Märkte zu erschließen und Arbeitsplätze auch in der Breite der Qualifikationsniveaus aufzubauen.

Der Wirtschaftsstandort braucht eine moderne Infrastruktur, klare Transformationspfade für den klimaneutralen Umbau der Industrie und zukunftsfähige Rahmenbedingungen, damit Unternehmen die vor uns liegenden Herausforderungen meistern können. Die Energie- und Wärmestrategie, die Entwicklung einer neuen Kreislaufwirtschaftsstrategie für Nordrhein-Westfalen und die Weiterentwicklung des Landesentwicklungsplans sind beispielhaft für die unterschiedlichen Themenbereiche, die die Landesregierung auf den Weg bringt und für eine gelingende Transformation zusammendenkt.

Nur gemeinsam kann die Generationenaufgabe der Transformation gelingen. Daher sind Transparenz und frühzeitige Beteiligung entscheidende Elemente der Industrietransformation. Allen Menschen in Nordrhein-Westfalen muss der Zugang zu Informationen über transformationsrelevante Themen ermöglicht werden.

Die Landesregierung ist fest entschlossen, zur Weiterentwicklung Nordrhein-Westfalens als Industriestandort der Zukunft bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Das vorliegende Industriepolitische Leitbild skizziert das entsprechende Zielbild und dient als verbindlicher Handlungsrahmen industriepolitischer Aktivitäten; hierzu wird das Leitbild durch das Landeskabinett beschlossen.

Die Landesregierung setzt auch weiterhin auf einen dialogorientierten Ansatz der Industriepolitik, indem sie gemeinsam mit Industrieverbänden, Kammern und Gewerkschaften relevante Themen berät und voranbringt.

Für Unternehmen ist Planungssicherheit eine Grundvoraussetzung für notwendige Investitionen hin zur Transformation. Wir werden daher auch weiterhin unseren Zukunftsdialog fortführen, um unsere vielfältigen Perspektiven zusammenzubringen und uns über die Transformationspfade hin zur Klimaneutralität gewinnbringend auszutauschen, Orientierung zu bieten, und so gemeinsam Vertrauen, Sicherheit und Verständnis zu erreichen.

Nordrhein-Westfalen wird mit seiner langen industriellen Erfolgsgeschichte auch in Zukunft das industrielle Herz Europas bilden, als zukunftsfeste Industrielandschaft mit integrierten Wertschöpfungsnetzwerken für gute Arbeit entstehen und sektorübergreifend Vorreiter der transformierten Industrie werden.

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen
Tel.: +49(0) 211 61772 0

Internet: www.wirtschaft.nrw
E-Mail: Referat311@mwike.nrw.de

Abteilung Wirtschaftspolitik

Referat 311 „Strategien und Transformation der Industrie“

Bildnachweise

© MWIKE NRW/ Csaba Mester (Foto Berger Allee)

Die Publikation ist auf der Homepage des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen unter www.wirtschaft.nrw/broschuerenservice als PDF-Dokument abrufbar.

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt auch für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

© 05 2024 / MWIKE25-003

**Ministerium für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Berger Allee 25, 40213 Düsseldorf
www.wirtschaft.nrw

